:antifaschistische nachrichten Nr. 18

g 3336 8.9.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Anspruch und Realität

SACHSEN-ANHALT. Konsequenzen aus der Zunahme ausländerfeindlicher Straftaten hat die tourismus-politische Sprecherin der SPD-Fraktion in Sachsen-Anhalt, Bianka Kachel, gefordert. Im weltoffenen Europa des 21. Jahrhunderts dürfen rechtsradikale Übergriffe keinen Platz haben. Wegschauer und Dulder leisteten ausländerfeindlichen Taten einen Bärendienst. „Touristen meiden diese Orte und kommen nicht wieder“, ist Kachel überzeugt. Das im Mai unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Böhmer und Landtagspräsident Spotka gegründete „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ müsse nun mit Leben erfüllt werden.

Unterdessen nehmen die rechten „Propagandadelikte“ besonders im Harz stark zu. In Wernigerode wurden Ende August ein Asia-Imbiss beschädigt. Zuvor waren ein Musik-Geschäft und ein Döner-Imbiss Ziel von Neonazis gewesen. In Tanne war eine Ferienanlage mit rassistischen Parolen beschmiert worden. Nach dem Verbot des Naziaufmarschs in Wunsiedel hatten am 20. August etwa 50 Neonazis in Burg (Jerichower Land) demonstriert. Als die Polizei die Versammlung auflösen wollte, seien die Neonazis sofort gewalttätig geworden. Gegen 30 der Teilnehmer werde nun ermittelt.

Ob sie die juristischen Folgen nun fürchten müssen, ist fraglich. So zog die Staatsanwaltschaft Halle jetzt einen Revisionsantrag gegen ein Freispruchsurteil für einen Skinhead aus Halberstadt zurück, der im April 2000 einen Rentner erstochen hatten, der sich über laute Nazimusik beschwert hatte. „Die Zivilcourage meines Mannes ist in keiner Weise gewürdigt worden“, äußerte die Lebensgefährtin des Nazi-Opfers „tief betroffen und enttäuscht“ nach der Entscheidung des Gerichts. *hma* ■

Inhalt:

Naziladen in der Talstraße dichtmachen! 5
60 Jahre Kampf um Würde und Anerkennung 6
Protest in Polen: „Eine Geschichtsrevision, der wir nicht zustimmen können“. . . . 14

Polizeirazzia wegen Anti-NPD-Aufruf

BERLIN. Weil ein Antifa-Treffpunkt im Internet dazu aufgerufen hatte, Plakate der NPD abzureißen, und außerdem noch ein Freigetränk pro abgerissenem Plakat bei einer Party angeboten wurde, hat die Berliner Polizei in der Nacht zum Sonntag, dem 28. August, eine großangelegte Polizeirazzia durchgeführt. Wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten“ durchsuchten etwa 300 zum Teil schwer bewaffnete Beamte sieben Wohnungen, Büros und Lokale in Mitte, Wedding und Kreuzberg. In einem Lokal in der Brunnenstraße wurden 53 Plakate beschlagnahmt und die Personalien von 153 Personen überprüft, das Lokal selbst wurde geschlossen. Insgesamt wurden bei der Aktion sechs Anzeigen wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz, das Waffen- und Versammlungsgesetz von der Polizei erstattet. Verhaftungen gab es keine.

Die „Antifaschistische Linke Berlin“ kritisierte den Polizeieinsatz als „völlig unverhältnismäßig“ und „aktive Wahlkampfunterstützung für die NPD“.

Auch die Grünen kritisierten die Aktion. „Man muss sich das mal vor Augen halten: Wenn man im Internet einen Cocktail für die Abgabe eines NPD-Wahlplakates verspricht, kommt die Polizei! Da gab es eine Riesenrazzia mit gezogener Waffe und schusssicheren Schutzschilden. Es ist einfach absurd, so gegen Antifaschisten vorzugehen“, kritisierte der Grüne Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Volker Ratzmann.

Die VVN/BdA forderte die sofortige Einstellung dieser Verfolgungsmaßnahmen, die Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände und Aufklärung über die Hintergründe der nächtlichen Großaktion der Polizei.

rül ■

Fast 10.000 Menschen demonstrierten am Samstag, den 3.9. in Paris

Hausbrände und Diskriminierung töten in Paris –

Der französische Staat bekämpft die Opfer

Es ist ein klarer Fall: Die Opfer sind schuld. Bekämpft werden müssen die Armen, nicht die Armut.

Das Feuer tötete mehrfach in den letzten Monaten in Paris. Am 15. April dieses Jahres brannte ein heruntergekommenes „möbliertes Hotel“, in dem Immigrantenfamilien mangels eigener Wohnungen jahrelang wohnten, in unmittelbarer Nähe der Pariser Oper und der benachbarten Prachtboulevards aus. Der Brand forderte 24 Tote. *Fortsetzung auf Seite 9*

Statue aufgestellt

ROM/KÖLN. An der Außenmauer des Petersdoms wurde jetzt eine fünf Meter hohe Marmor-Statue des Gründers der umstrittenen katholischen Laienorganisation „Opus Dei“, Josemaria Escriva, aufgestellt. Diese wird nun bald von Papst Benedikt XVI. eingesegnet werden. Über geringen Zulauf konnte sich „Opus Dei“ auf dem katholischen „Weltjugendtag“ in Köln nicht beschweren. Der Prälat des „Opus Dei“, Bischof Javier Echevarria Rodriguez, traf dort mit rund 5000 Jugendlichen aus aller Welt zusammen. In seiner Katechese, gehalten in der Pfarrei St. Nikolaus in Bergisch-Gladbach, zitierte er auch aus dem Werk des „Opus Dei“-Gründers Escriva, für den es „auf Erden“ nur „zwei Möglichkeiten“ gab: „Entweder ein übernatürliches oder ein animalisches Leben zu leben“.

Besonders erfreut hat die Organisation, dass der Papst die von dem „Opus Dei“-Angehörigen Dr. Peter von Steinitz geleitete St. Pantaleon-Kirche in Köln besucht hatte. Dort traf er Priesteramtskandidaten aus aller Welt. Das Treffen habe „auf ausdrücklichen Wunsch des Papstes“ stattgefunden. In einem dpa-Interview mit dem „Opus Dei“-Prälaten Rodriguez macht dieser auch Andeutungen über die Stellung des Papstes zu der Laienorganisation. Benedikt XVI. kenne das „Opus Dei“ „besser“ als Johannes Paul II. „zu Beginn seines Pontifikates im Jahre 1978“. *hma* ■

„Tag der Heimat“ in NRW

NRW. Unter dem Motto „Vertreibung ächten – Erbe wahren“ führt der „Bund der Vertriebenen“ (BDV) auch in NRW eine Veranstaltungsreihe zum diesjährigen „Tag der Heimat“ durch. Am 4. September führt der BDV Kreisverband Lippe im „Haus Senne“ in Augustdorf eine Veranstaltung durch, auf der der General a.D. Gerd-Helmut Komossa die Festrede halten soll. Der im damaligen Ostpreußen geborene ehemalige MAD-Chef ist für die „Gesellschaft für die Einheit Deutschlands“ aktiv und gab unlängst der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey ein Interview.
Der Aufsichtsratsvorsitzende der umstrittenen „Preußischen Treuhand“, Rudi Pawelka aus Leverkusen, zugleich Bundesvorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien“ und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, soll beim BDV in Dortmund (10.9.), Herne (11.9.) und Gummersbach (11.9.) sprechen. Der Meterologe Dr. Wolfgang Thüne, Landesvorsitzender des BDV in Rheinland-Pfalz, wird in Düren (24.9.) und Bielefeld (25.9.) als Hauptredner erwartet. Thüne referierte in der Vergangenheit u.a. vor Burschenschaftlern und wurde 2002 auch als Referent bei den „Die Deutschen Konservativen“ angekündigt. In einem Beitrag für das 1995 erschienene Buch „50 Jahre Vertreibung“, das im rechtsextremen „Hohenrain“-Verlag erschienen war, schrieb Thüne u.a.: „Die Vertreibung währt so lange, wie den gewaltsam Vertriebenen nicht das Recht auf Rückkehr, das Recht auf Heimat, das Recht auf Selbstbestimmung und Minderheitenschutz gewährt wird“. In einem Grußwort wünscht der Ministerpräsident von NRW, Jürgen Rüttgers (CDU), den Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ in NRW einen „guten Verlauf“. *hma* ■

„TPG“ in Auflösung

POTSDAM. Die „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel“ (TPG) um den Bundeswehroffizier Max Klaar („Verband Deutscher Soldaten“) will sich Anfang September auflösen. Die TPG hatte nach eigenen Angaben 6,7 Millionen Euro für den Wiederaufbau der im 2. Weltkrieg zerstörten und in der DDR dann gänzlich abgerissenen Kirche gesammelt. Nachdem die Synode der evangelischen Kirche zu Beginn des Jahres beschlossen hatte, in der Kirche ein „Zentrum für Frieden und Versöhnung“ einzurichten, hatte die TPG sich aus der Finanzierung des Kirchenbaus zurückgezogen. Das Geld soll nun einer Stiftung übergeben werden. *hma* ■

NBP-Verbot aufgehoben

RUSSLAND/MOSKAU. Die „Nationalbolschewistische Partei Rußlands“ (NBP) wird nicht verboten. Das hat das Oberste Gericht der Russischen Föderation beschlossen. Damit wurde ein Beschluss des Moskauer Gebietsgerichtes aufgehoben, die Partei aufzulösen. „Ich beginne allmählich an unseren Staat zu glauben“, äußerte der NBP-Chef Eduard Limonow aus Anlass des Gerichtsbeschlusses.

Die NBP um Limonow war in den vergangenen Jahren mehrmals in den Schlagzeilen. So besetzten Anhänger der NBP den Empfangsraum des Präsidentenamtes. 2001 wurde Limonow wegen Waffenkaufs und Waffenbesitzes zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. 2003 wurde der ehemalige Dissident auf Bewährung entlassen. *hma* ■

Weitgehende Forderungen

KAUFERING. Das „Forum Deutscher Katholiken“ hat in einem Wahlaufruf, der u.a. in der „FAZ“ als Anzeige erschien, „Wahlprüfsteine“ für die Bundestagskandidatinnen und -kandidaten aufgestellt. Demnach soll die geltende Abtreibungsregelung „überprüft und revidiert“ werden, „nichteheliche Lebensgemeinschaften“ sollen der Ehe „nicht gleichgestellt werden“ und homosexuelle Partner „dürfen kein Adoptionsrecht für Kinder erhalten“. Auch die „Verspottung religiöser Symbole, Handlungen und Religionsdiener“ soll künftig „unter Strafe gestellt“ werden und der „Gotteslästerungsparagraph“ wieder „voll in Kraft treten“. Für die Verankerung des „Gottesbezugs“ in der EU-Verfassung sollen sich die potentiellen Abgeordneten ebenso einsetzen wie gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei, denn die Türkei sei „kein europäisches Land“. *hma* ■

NPD „Sommeruniversität“ in der Pfalz

RHLD.-PFALZ. Die NPD „Sommeruniversität“ fand nicht, wie angkündigt im Dahner Felsenland, sondern im „Wasgau Landhotel“ im nahe gelegenen Hauenstein statt; NPD und Polizei versuchten den Tagungsort im Vorfeld geheim zu halten. Referenten aus Kreisen der NPD (Peter Marx, Sascha Wagner, Jürgen Gansel MdL, Karl Richter u.a.), aber auch aus Frankreich und Spanien, propagierten die so genannte Dresdner Schule. Ziel der Dresdner Schule ist es die NPD auch für Intellektuelle attraktiv zu machen. Was die „Vordenker“ der NPD in Sachsen zu bieten haben, ist so neu nicht. Gansels Elaborat über „Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘“ bietet, wenn auch in einem Tonfall, dem der gewöhnliche Stiefelneonazi wohl nur mit Mühe folgen kann, eine Ansammlung der alten Feind- und Zerrbilder. Auf Anfrage, ob die Hotelleitung über die Art der bei ihr im Hause stattfindenden Veranstaltung informiert sei, wurde eine Stellungnahme verweigert. Am Tag vor der Veranstaltung fand eine Flugblatt-Aktion in Dahn statt. Es wurde über die Veranstaltung, die Person Sascha Wagner und über die Pläne der NPD, eine Geschäftsstelle in Dahn einzurichten, informiert. So versammelten sich am Samstag Vormittag ca. 150 Personen in Dahn, um gegen die NPD zu demonstrieren. Darüber hinaus wurde das Anwesen, welches sich in Besitz der Familie Marx befand und für die Einrichtung einer Geschäftsstelle der rheinland-pfälzischen NPD vorgesehen

war, von der Stadt aufgekauft, diese machte hierbei von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch. Somit ist auch Sascha Wagner, der unter dieser Adresse gemeldet war, um in dem Wahlkreis zu kandidieren, wohl erneut auf Wohnungssuche. Laut Marx könne ein geeigneter Ort für eine Geschäftsstelle weiterhin in der Pfalz, aber auch in Mainz sein.

Antifa Landau
www.antifalandau.de.vu ■

Naziaufmarsch in Alzey

MAINZ. Für Samstag, den 1. Oktober haben Nazis einen Aufmarsch im rheinhessischen Alzey bei Mainz unter dem Motto „Stoppt die Ausplünderung des Deutschen Volkes! – Wir sind nicht das Sozialamt der Welt!“ angemeldet. Für den 2. Oktober planen die Nazis zudem eine Demonstration im südhessischen Lampertheim. Damit wollen sie an ihre Doppeldemonstration am 1. Mai 2005 in Worms und Frankenthal anknüpfen. Obwohl sie damals v.a. in Worms mit massiver antifaschistischer Gegenwehr zu kämpfen hatten, feiern die Nazis ihre Aktion als „durchschlagenden Erfolg“, den sie mit den Aufmärschen in Alzey und Lampertheim wiederholen wollen.

Aufgerufen wird zum Aufmarsch in Alzey von der „Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit“ bzw. der „Bürgerinitiative für Rheinhessen“. Bei der „Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit“ handelt es sich um ein Label zur Anmeldung von Demonstrationen, die von Nazis aus dem Spektrum des „Aktionsbüros Rhein-Neckar“ organisiert werden. Das Aktionsbüro Rhein-Neckar ist ein Zusammenschluss so genannter „freier Kameradschaften“ und „freier Nationalisten“. Vertreten sind im AB Rhein-Neckar Nazi-Kameradschaften aus Südhessen, der Vorderpfalz und aus Rheinhessen, sowie der „Freundeskreis Rhein-Neckar“.

Im Juni 2004 demonstrierten Nazis aus dem gleichen Spektrum schon einmal in Alzey, dabei blieben sie von antifaschistischem Protest weitgehend verschont. Und Ende September 2004 hat die „Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit“ eine Demonstration im pfälzischen Bad Dürkheim durchgeführt. Angemeldet wurde die Demonstration von Mario Matthes, einem der agilsten Nachwuchskader aus de m Spektrum der bekennenden und militanten Nationalsozialisten im südwestdeutschen Raum. Matthes, der aus Otterstadt bei Speyer stammt, lebt und studiert mittlerweile in Mainz

Der AK Antifaschismus an der Uni Mainz wird zu Gegenaktivitäten mobilisieren. Nähere Infos gibt’s demnächst unter www.kein-ruhiges-hinterland.tk

AK Antifaschismus an der Uni Mainz
http://www.ak-antifa-mainz.de.vu
Mail: ak_antifa_mz@antic-eye.de ■

Polizei dringt unrechtmäßig im „apabiz“ ein

Am Samstag, den 27.8. gegen 23.00 Uhr drang die Polizei im Rahmen einer berlinweiten Razzia gegen antifaschistische Strukturen auch in die Räume des Antifaschistischen Presse-Archivs und Bildungszentrums Berlin e.V. (apabiz) in der Lausitzerstr. 10 ein. Vorwand war ein Durchsuchungsbeschluss für Räumlichkeiten an verschiedenen Orten in Berlin. Die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) hätte angeblich auf ihrer Internetseite zu Straftaten aufgerufen.

Das apabiz erklärt dazu:

Die Durchsuchung des apabiz war illegal. Festzuhalten ist, dass das apabiz in keiner Verbindung zur Internetseite der ALB steht und zu keiner Zeit ein Durchsuchungsbeschluss für die Räume des apabiz vorlag. Wir bewerten daher das Eindringen in unsere Büroräume als illegal und werden juristisch dagegen vorgehen. Die Einsatzleitung hielt trotz der Hinweise eines anwesenden Mitarbeiters des apabiz an ihren falschen und willkürlichen Begründungen fest. Auch wenn die Durchsuchung im apabiz abgebrochen wurde, stellt dieser unrechtmäßige Einsatz einen erheblichen Eingriff in unsere Rechte dar. Es wurden Fotos von unseren Räumen gefertigt und Papiere in Augenschein genommen. Außerdem wurde uns das Herbeiziehen eines Anwaltes und die Aushändigung eines Durchsuchungsbeschlusses durch den leitenden Beamten Stoevhase vom LKA5 (Polizeilicher Staatsschutz) verwehrt.

Der gesamte Einsatz war unangemessen

Doch nicht nur das Eindringen in unsere Räume hinterlässt offene Fragen. Der gesamte Einsatz war unangemessen und steht in keinem Verhältnis zu den vorgeworfenen Straftaten. Der Polizeieinsatz hinterlässt den Eindruck, dass hier mit jedem Mittel die Kriminalisierung des gesamten antifaschistischen Spektrums erreicht werden soll. Die Details lassen sich in der Presse nachlesen.

Wir solidarisieren uns daher ausdrücklich mit allen Betroffenen.

Wir erwarten auch eine politische Stellungnahme der rot-roten Regierung zu diesem Einsatz, der kein Einzelfall ist, sondern der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Kette von fragwürdigen Einsätzen der Berliner Polizei.

So wurden im Juli diesen Jahres mehrere Wohnungen von AntifaschistInnen in ganz Berlin mittels Sondereinsatzkommandos gestürmt und durchsucht. Auch hier wurden Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen und massiv die Grundrechte der Betroffenen verletzt. Vor einer Woche stürmten wiederum SEK-Beamte in einem umstrittenen Einsatz die Diskothek Jeton, um gegen angeblich gewalttätige Hooligans vorzugehen.

Auch hierbei wurden Grundrechte verletzt und Lügen zur Rechtfertigung des Einsatzes verbreitet.

Antifaschismus, wie wir ihn verstehen, bedeutet auch den unbedingten Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte. Illegale und fragwürdige Polizeieinsätze sowie eine selbstherrliche Einsatzführung, die sich um die Rechte der Betroffenen nicht schert, müssen ein Ende haben.

Wir sind für Nachfragen unter der Telefonnummer 030/6116249 oder unter mail@apabiz.de zu erreichen ■

Die Antifaschistische Linke Berlin ruft für den 16. oder 17. September (der genaue Termin stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest) zu einer Solidaritäts-Anti-Nazi-Gala in Berlin auf: Den Versuchen, Menschen zu kriminalisieren, die Nazipropaganda fantasievoll entgegentreten – in der Schule, am Arbeitsplatz und auf der Straße – muss entschieden begegnet werden. Bei der Gala werden alle nachgewiesenen Anti-Nazi-Aktivitäten mit einem Cocktail prämiert.

Die Liste der EinladerInnen ist bereits lang und kann unter **www.antifa.de** nachgelesen werden, Rückmeldungen zur weiteren Unterstützung an:

gala@antifaschistische-aktion.com ■

Aufmarsch am 8. Oktober

ARNSTADT. Für den 8. Oktober 2005 organisieren Neonazis aus dem Umfeld der „Kameradschaft Ilmkreis“ und deren Verein „Nationalisten für Kinderrechte“ einen rechtsextremen Aufmarsch in Eisenach (Motto: „Unsere Kinder – Unsere Zukunft – Gemeinsam für härtere Strafen gegen Kinderschänder!“). Unterstützung erhält die Demonstration von dem mehrfach vorbestraften NPD-Vorstandsmitglied Thorsten Heise, welcher als Redner in Eisenach auftreten will. Als Unterstützer werden auch die rechten Propagandablätter Ratatösk (Eisenach) und Ilmkreis National (Arnstadt) genannt. Neue Hintergrundinformationen zur IKN gibt es hier: http://lra.antifa.net /index.php?show=news&readmore=51

Der Verein „Nationalisten für Kinderrechte“ wurde seit September 2004 in Arnstadt vorbereitet und begann im März 2005 mit der Arbeitsaufnahme. Dahinter verbergen sich AktivistInnen aus dem Umfeld Kameradschaft Ilmkreis, u.a. auch der Internetdienstleister Jens Geyer, welcher vor nicht allzu langer Zeit ins nahe gelegene Osthausen umgezogen ist.

Left Resistance Arnstadt (LRA))
left-resistance@gmx.de ■

Häufung rechtsextremer Übergriffe

MANNHEIM. Am Samstagabend, 21.8. wurde in Mannheim ein Jugendlicher brutal zusammengeschlagen, weil er rassistisches Gegröle in der Straßenbahn nicht kommentarlos hinnahm. Etwa 30 Rechtsextremisten störten am vergangenen Mittwoch, 17. August eine Wahlkampfveranstaltung der SPD in Ludwigshafen. Bereits am 22.7. wurde ein 25-Jähriger Opfer eines Überfalls, der beinahe tödlich verlaufen wäre.

Weil er als einziger seinen Widerspruch gegen rassistisches Gegröle in der Straßenbahn äußerte, wurde ein 17-Jähriger am vergangenen Samstag dort von drei Rechtsextremisten zusammengeschlagen. Die Täter schlugen ihn mehrfach ins Gesicht und hielten das Bein ihres Opfers fest, um es gezielt am Knie verletzen zu können. Couragiertes Eingreifen von anderen Fahrgästen blieb in der vollbesetzten Straßenbahn auch dann noch aus. Die Störung der Wahlkampfveranstaltung vor dem Pfalzbau, an der auch Gerhard Schröder teilnahm, verlief verhältnismäßig friedlich. Seit etwa einem halben Jahr gehört es zur Taktik des Regionalen Kameradschafts-Spektrums um das sogenannte „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen möglichst ohne direkte körperliche Gewalt zu agieren. Dahinter steht die Absicht, sich als friedliche und entrechtete Minderheit zu inszenieren. Allerdings versuchten die Rechtsextremisten auch hier brutal einem Fotografen den Fotoapparat zu entreißen, Menschen die ihre Ablehnung der völkischen Hetze ausdrückten, wurden bedroht und eingeschüchtert.

Der brutale Überfall auf der Adenauer-Brücke in der Nacht auf den 22.7. wurde erst durch einen Artikel der Rheinpfalz vom 20.8. der Öffentlichkeit bekannt. Er zeigt eindrücklich die unmittelbare Gefahr, die von Rechtsextremisten ausgeht. Das Opfer erlitt unter anderem einen Schädelbasisbruch und Hirnblutungen, der Angriff wäre um ein Haar tödlich verlaufen. Auch ein Begleiter des Opfers, der diesem zu Hilfe eilen wollte, wurde mit einer Gürtelschnalle verprügelt.

Ein Sprecher des Ak Antifa dazu: „Welch Geistes Kind sie sind, fällt den sogenannten „Nationalen Jugendlichen“ vom Aktionsbüro offenbar schwer zu verbergen. ... Es ist skandalös, dass die Polizeibehörden den offensichtlich rassistisch motivierten Überfall Ende Juli verschwiegen haben. Wie hoch die Dunkelziffer bei solchen Delikten liegen mag, kann nur spekuliert werden. Sie dürfte aber ungleich höher liegen.“

Quelle: Presseerklärung des Ak Antifa Mannheim vom 25.8.2005 ■

Neonazis marschieren gegen SPD

BERLIN. Unter dem Motto „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ marschierten am Mittwoch, 31.8. 100 Rechtsextre-

me durch den Berliner Stadtteil Neukölln. Die Anhänger der NPD und sogenannter freier Kameradschaften forderten „soziale Gerechtigkeit“ für das „deutsche Volk“. Mit Fahnen, Transparenten und Schildern der NPD zogen sie vor das Hotel „Estrel“, wo am selben Tage der Parteitag der SPD stattfand. Dort kritisierten sie die Politik der Regierung als unsozial und ungerecht und stellten die NPD als „nationale Opposition“ dar.

Begleitet wurden die Rechtsextremen, unter denen sich auch Neonazikader wie Thomas Wulff, NPD-Vorsitzender Udo Voigt und der NPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag Holger Apfel befanden, von einem Großaufgebot der Berliner Polizei. Mehrere Wasserwerfer begleiteten den Aufmarsch, um befürchtete Blockaden auflösen zu können. Am Rande der Demonstration musste ein Café auf Anweisung der Polizei seine Außensitzplätze räumen und abbauen.

Auf der gesamten Aufmarschstrecke säumten protestierende BürgerInnen und aktive AntifaschistInnen den Straßenrand und drückten ihren Unmut mit Trillerpfeifen, Sprechchören und Transparenten aus. Dabei erhielten mehrere Personen Platzverweise, da bei ihrer Durchsuchung laut Polizeiangaben „Kleidungsstücke, die zur Vermummung geeignet seien“ gefunden wurden. Auch Delegierte des Parteitages der SPD protestierten vereinzelt vor dem Tagungsort gegen den Aufmarsch.

art.famos@web.de ■

Neonazis distanzieren sich von NPD

In Neonazi-Kreisen wird zum Boykott bei der Bundestagswahl aufgerufen; denn: „Ja zum Wahlboykott heißt nein zum BRD-System“. In dem anonym im Internet verbreiteten „Wahlboykott der Nationalen Sozialisten Deutschlands“ wird erklärt: „Entziehen wir diesem System die Legitimität, stellen wir uns auf die Seite unseres Volkes ...“ Weiter heißt es: „Wir Nationale Sozialisten können nicht ernsthaft annehmen, dass unser Zukunftsentwurf Wirklichkeit wird, wenn wir ernsthaft für Figuren wie Frey, Schwerdt, Marx, Cremer, Voigt, Eigenfeld, Neubauer und den Abschaum von der DVU Wahlkampf machen.“ Hinter dem Aufruf zum Wahlboykott steckt Insiderangaben zufolge der „Schutzbund Deutschland“ (Postfachadresse Halle). An Flugblattverteilaktionen des „Schutzbundes“ zum 8. Mai 2005 („60 Jahre Besatzung“) sollen auch Mitglieder der am 12. April dieses Jahres verbotenen Neonazi-Truppe „Sturm 27“ beteiligt gewesen sein. Wegen Verunglimpfung des Staates in den Flugblättern wird zwischenzeitlich von der Staatsanwaltschaft gegen den „Schutzbund“ ermittelt.

Führender Kopf des „Schutzbund Deutschland“ ist der frühere NPD-Landesvorsitzende Berlin-Brandenburg Mario Schulz, zugleich Inhaber eines Spendenkontos des „Schutzbundes“. Landwirt Schulz zog als NPD-Kandidat 2003 in den Prignitzer Kreistag ein, verließ dann die Partei, da sie ihm nicht mehr völkisch genug war. Schulz ist Gründungsmitglied der am 1. Februar 2004 in Anwesenheit von 100 Rechtsextremisten in Vetschau ins Leben gerufenen NPD-Abspaltung „Bewegung Neue Ordnung“ (BNO). Dem brandenburgischen Verfassungsschutz zufolge gehört es zu den „Eigenheiten der BNO, unter verschiedenen Namen, wie zum Beispiel ‚Schutzbund Deutschland‘, aufzutreten.“

Die Programmatik der BNO, so der Verfassungsschutz, „zeuge von nationalsozialistischer Blut-und-Boden-Rhetorik.“ Unter dem Namen „Ja zu Brandenburg“ kandidierte die Neonazi-Gruppe bei den Landtagswahlen im September 2004 und erzielte ein Ergebnis von 0,4 Prozent der Stimmen.

www.de.indymedia.org ■

Naziladen in der Talstraße 17 dichtmachen

Wir sagen Nein zu Rassismus und Rechtsradikalismus, Nein zu rechtem Lifestyle!

HAMBURG. Anfang Juli informierte die Antifa die Nachbarschaft über einen Laden, der auf St. Pauli Naziklamotten verkauft und als rechter Szenetreff dient. In dem zweiseitigen Flugblatt, welches auf Deutsch und Türkisch verfasst ist, heißt es: „Anfang Mai 2005 eröffnete in der Talstraße 17, direkt neben der Heilsarmee, der Klamottenladen ‚elite-style'.Hier werden neben Produkten rund um die nordische Mythologie die Marken ‚Thor Steinar', ‚Walhall', ‚Pro Violence' und ‚Sportfrei' verkauft. Alle vier Marken werden von Neonazis für Neonazis produziert". Zudem berichtete die Anwohnerinformation, die mit einer Auflage von 1500 Exemplaren im Stadtteil verteilt und in die Briefkästen gesteckt wurde, über die Einbindung der

Betreiber in die Naziszene und schließlich spricht deren „Verhalten PassantInnen gegenüber deutliche Worte. Seit der Eröffnung kam es wiederholt zu Übergriffen und Androhung von Gewalt gegenüber Menschen, die dem linken Spektrum zuzuordnen seien."

Johannes Kahrst, Spitzenkandidat der SPD im Bezirk und Mitglied im rechten Seeheimer Kreis, griff das Thema im profilarmen Vorwahlkampf auf. In einer – in Tonlage der Antifa entlehnten – Postkartenaktion („St. Pauli wehrt sich!") fordert Kahrst CDU-Justizsenator Roger Kusch und den parteilosen Innensenator Udo Nagel auf „etwas gegen den Klamottenladen [zu] unternehmen."

Da aber der Laden weder juristisch, noch verwaltungsrechtlich „dicht gemacht" werden kann, setzt die Kampagne zur Schließung des Ladens, die von Fanprojekten des FC-St. Pauli zusammen mit dem Antifaschistischen Bündnis Hamburg getragen wird auf das politische Klima im Stadtteil und die Entschlossenheit seiner Anwohner. Zusammen mit der beachtlichen Zahl von knapp 200 Unterstützern unter den Aufruf von Fanclubs, Gruppen, Einrichtungen, Kneipen, Läden und Einzelpersonen sowie der Mannschaft des FC St. Pauli wird nach dem Spiel am 10. September jetzt demonstriert.

In der Beschreibung des Lagers der extremen Rechten unterscheiden sozialwissenschaftliche Untersuchungen zwischen parteipolitisch orientierten Formationen auf der einen und einer rechten Alltagskultur auf der anderen Seite. Während sich soziale Gruppen zumeist über kulturelle Zugehörigkeit definieren, sind beim Parteiaufbau vor allem die ideologischen Orientierungen ausschlaggebend. In der Wirklichkeit ist das Wechselverhältnis von Weltanschauungs-und Kulturbewegung natürlich komplizierter als das Modell.

Anhand der Auseinandersetzung um den Naziladen „elite-style" in der Talstraße haben Antifaschisten im besagten Anwohnerflugblatt das Zusammenwirken der beiden Momente konkret herausgearbeitet. Denn, ob Rechtsrockvertrieb oder die Herstellung und der Vertrieb von Nazimode, die meisten der Initiatoren und Produzenten kommen aus der Naziszene. Zum anderen bedienen sich die Freien Kameradschaften – zunehmend auch die NPD – der kulturellen Ansprache. Erinnert sei hier an die beiden so genannten „Schulhof-CD's", mit denen die Nazis ihre faschistische Weltanschauung über Freizeitgestaltung, Musik und kulturelle Codes an die Zielgruppe der 13- bis 16-Jährigen transportieren. Der Sozialwissenschaftler Bernd Wagner (1) spricht in diesem Zusammenhang von „kultureller Subversion", mit der die Nazis vor allem in den neuen Bundesländern sehr erfolgreich agieren. Deswegen hält er den modernen Rechtsextremismus als „erweitert reproduktionsfähig, weil er eine Kulturbewegung mit der Tendenz zum sozialen Bewegungsmilieu und politischer Implikation und nicht politische Bewegung mit kultureller Implikation ist." Ob man dabei seiner Einschätzung der Dominanz des Kulturellen folgt, oder aber ein Wechselverhältnis ideologischer und kultureller Orientierungsprozesse ausmacht, ist an dieser Stelle erst einmal uninteressant. Wichtig wäre die Bedeutung „kultureller Codes und Orientierungen" für die Herausbildung von politischen Weltanschauungen und Werten überhaupt wahrzunehmen.

Noch ist in Hamburg die Naziszene – was schlimm genug ist – eins unter mehreren Angeboten an jugendliche Sinnsucher. Von einer rechten „Dominanzkultur", wie sie in einigen Gegenden in Sachsen und Thüringen bereits bittere Realität ist, kann man in keinem der Hamburger Stadtteile, und wohl auch nicht auf der Ebene einzelner Schulen, sprechen. Trotzdem geht es bei der Auseinandersetzung um den Vertrieb von Nazimode um mehr als um schlechte Pullis und blöde Typen. Denn nicht nur die Betreiber, sondern auch die Kunden sind das Problem. „Es handelt sich eben nicht um eine interkulturelle Verirrung junger, erst noch nach politischer Orientierung suchender Jugendlicher, sondern um das eigene Selbstverständnis, um Lebensstile um tief greifende identitätsbildende Prozesse."(2) Deshalb ist die linke Wertorientierung, die das Fanprojekt des FC. St.-Pauli nicht zuletzt mit der Initiative für die Demo am 10. September auf die Anhänger abstrahlt, und die sich in der Unterstützung der Demonstration durch Clubs, Bars, Musikprojekte, Klamottenläden und Gewerbetreibende ausdrückt, wichtig.

Im Aufruf, der beispielsweise von den Alten Herren des FC St. Pauli, dem Argument Verlag, Da Ruffneck Streetwear und dem Karolinengrill unterzeichnet wurde, heißt es: „St. Pauli ist unser Viertel und wir dulden hier keine Nazis. Es muss unser aller Anliegen sein, aktiv zu werden und vehement gegen Nazistrukturen vorzugehen. Ein Anfang ist gemacht, so ging zum Beispiel der FC St. Pauli mit gutem Beispiel voran und nahm das Tragen von „Thor Steinar" in seine Stadionordnung auf, wo es gleichberechtigt neben sexistischen, rassistischen und anderen diskriminierenden Äußerungen mit einem Stadionverbot geahndet wird. Doch damit ist noch lange nicht Schluss. Lasst uns laut und entschlossen sein und unseren Protest auf die Straße tragen. *Wolfram Siede* ■

Demonstration: Samstag, 10. September, 16.30 Uhr nach dem St. Pauli-Spiel (Budapester Str.) Abschlusskundgebung: Bühne Straßenfest Brigittenstraße

(1) Bernd Wagner: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, 1998, Berlin;

(2) Mathias Brodkorb: Metamorphosen von rechts, 2003, Münster

(3) Der vollständige Aufruftext, die Unterstützerliste und weitere Informationen finden sich unter: http://www.antifainfo.de/elitestyle.htm

Zeitzeuge Ludwig Baumann beim Friedensplenum Mannheim:

60 Jahre Kampf um Anerkennung und Würde

Ludwig Baumann desertierte im 2. Weltkrieg und gehört zu den wenigen, die das überlebten. Mehr als 30000 Soldaten wurden wegen „Fahnenflucht oder „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt, mehr als 20 000 Urteile wurden vollstreckt. Das Grauen in den KZs und Strafbataillonen haben keine 4000 überlebt.

Ludwig Baumann wurde 1921 als Sohn eines Tabakgroßhändlers in Hamburg geboren. Mit 14 Jahren begann er eine Maurerlehre. Als er 15 war, starb seine Mutter bei einem Verkehrsunfall. Ludwig Baumann, dadurch haltlos, wurde renitent und war nicht mehr bereit, irgendetwas zu tun, was ihm sinnlos erschien. Auch der Hitlerjugend verweigerte er sich.

1940 musste er zur Wehrmacht, bockte auch dort, wurde geschliffen und schikaniert. Er kam zur Hafenkompanie nach Bordeaux. Dahin kamen viele Soldaten, die wie er als Versager galten. In der Wochenschau sah er Berichte über Hitlers Ostfront und den russischen Winter. Er wollte nicht mehr mitmachen bei diesem verbrecherischen Krieg. Gemeinsam mit seinem Freund Kurt Oldenberg, beschloss er, ins unbesetzte Frankreich zu desertieren. Durch einen Zufall wurden sie entdeckt. Obwohl sie einen geladenen Revolver in der Tasche hatten, brachten sie es nicht fertig, die Streife zu erschießen, im Bewusstsein, dass ihnen das Todesurteil bevorstand.

Im Juni 1942 wurde Ludwig Baumann zum Tode verurteilt. 10 Monate verbrachte er, an Händen und Füßen gefesselt, in der Todeszelle. Trotz Folter hat er seine Fluchthelfer nicht verraten. Was der Verurteilte damals nicht wusste: die Todesstrafe war schon nach 7 Wochen zu 12 Jahren Zuchthaus umgewandelt worden. Erst nach 300 Tagen täglicher Todesangst wurde es ihm mitgeteilt. Über das KZ Esterwegen kam er nach Torgau ins Militärgefängnis. Kurz vor Kriegsende wurde er mit einem Strafbataillon an die Ostfront geschickt. Er hatte „Glück“, denn durch eine Verletzung, die ein wohlmeinender Arzt nur langsam heilen ließ, hat er den Krieg überlebt.

Zurück in Deutschland war es schwer, in einer Gesellschaft zu leben, in der Deserteure noch immer als „Verräter“, „Feigling“ und „Drecksack“ beschimpft wurden. Auch Vater und Schwester mussten unter dem „Vaterlandsverrat“ leiden.

Beleidigungen und Drohbriefe sind bis heute noch immer an der Tagesordnung. Der ehemalige Oberstleutnant Alois G. aus München schrieb ihm 1994: „Seien Sie versichert, Volksschädling Baumann, dass Sie für alles alsbald sich vor dem Reichskriegsgericht in Berlin zu verantworten haben. Nehmen Sie vorher Zyankali…“

Aber nicht nur Einzelne, auch die Soldatenverbände wenden sich noch bis zum heutigen Tag gegen jede Rehabilitierung von Deserteuren.

Sie haben immerhin 400.000 Mitglieder, die alle eine andere Auffassung von Ehre, Pflichtgefühl und Heldentum haben. Sie fühlen sich von einem wie Baumann angegriffen.

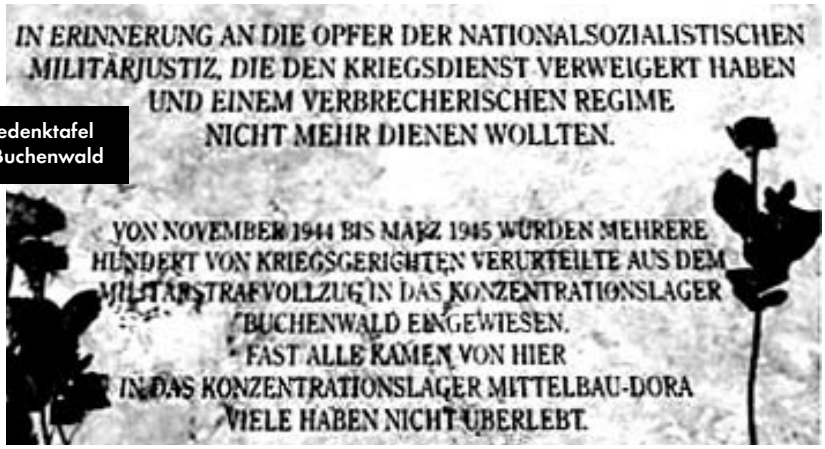
Ludwig Baumann in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

1947 starb sein Vater. Ludwig Baumann kam mit dem Leben nicht mehr zurecht. Er versuchte, das Grauen aus der Todeszelle und seine Erlebnisse an der Front zu verdrängen, und verfiel dem Alkohol. Erst als seine Frau bei der Geburt des sechsten Kindes starb, brachte ihn dieser Schicksalsschlag zur Umkehr in seiner Lebensführung. Er befreite sich von seiner Sucht und kümmerte sich um seine Kinder.

In den 80er Jahren engagierte er sich in der Friedensbewegung und forderte junge Rekruten auf: „Lasst euch nicht missbrauchen! Beruft euch auf das Grundgesetz. Leistet Widerstand, wenn ihr Befehle bekommt, denen ihr im zivilen Leben nicht folgen würdet.“

1990 gründete er mit 37 anderen, teilweise schon gebrechlichen alten Männern, die Bundesvereinigung „Opfer der NS-Militärjustiz“. Seit dieser Zeit ist er unterwegs, hält Vorträge und kämpft um Anerkennung, Recht und Würde und dafür, dass Menschen sich nicht als „Befehlsempfänger“ missbrauchen lassen, um Menschen anderer Völker und sich selbst umzubringen. Es ist ein langer Kampf, der bis heute andauert.

Ein erster Schritt zur Rehabilitierung war ein Grundsatzurteil des Bundessozialgerichts vom 11. September 1991. Darin wurde endlich auch den Hinterbliebenen der hingerichteten Soldaten eine Entschädigung zugesprochen. Zu entschädigen seien „gleichermaßen Widerstandskämpfer, unpolitische Menschen, auch „Feiglinge“ und treue Gefolgsleute in einem völkerrechtswidrigen Krieg.“ In der Rentenversicherung wurden künftig auch die Strafzeiten der Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“, Selbstverstümmler und Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Aber „Kriegsverrat“ war davon ausgenommen. „Kriegsverrat“ wurde als Strafbestand in einem Kontext mit den kriminellen Delikten der Plünderung, Misshandlung von Untergebenen und Leichenfledderei genannt.



Gedenktafel in Buchenwald

Erst 2002 wurden sie endlich rehabilitiert, obwohl der Verteidigungsausschuss im Bundestag immer versucht hat, dies zu verhindern. Von den Wehrmachtsrichtern wurde kein einziger nach dem Krieg zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: noch immer werden in Deutschland ehemalige Nazis geehrt anstatt verurteilt. Zum Beispiel der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Hans Filbinger, einer der NS-Marinerichter, der Wehrmachtsdeserteure noch kurz vor Kriegsende mit Todesurteilen und Hinrichtungen verfolgte. Er ist einer dieser Blutrichter, …aber außerdem auch Ehrenvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg.

Deshalb existiert für die Deserteure noch immer keine offizielle Gedenkstätte! In Torgau (Sachsen) gibt es zwar eine Gedenkstätte für die nach 1945 Verfolg-

→

ten. Aber unterschiedslos sollte dort aller Verfolgten gedacht werden, obwohl nachweislich nach 1945 in Torgau Nazis inhaftiert waren.

In einer 2004 von Dr. Joachim Gauck eröffneten Dauerausstellung im Torgauer Schloss werden diese Gestapo- und SD-Schergen pauschal als unschuldige Opfer dargestellt. Nach Meinung der sächsischen Regierung sollte den verurteilten Deserteuren und Widerstandskämpfern zusammen mit denen, die sie zum Tod verurteilt und gefoltert haben, gedacht werden. Aus Protest gegen dieses Verhalten sind die Bundesvereinigung „Opfer der NS-Militärjustiz“, der Zentralrat der Juden und der Verband der Sinti und Roma aus der Stiftung „Sächsische Gedenkstätten“ ausgetreten, weil sie die Gleichsetzung der NS-Verfolgung mit der Verfolgung nach 1945 nicht mehr hinnehmen wollten.

Immer noch wird versucht, Soldaten als Befehlsempfänger zu missbrauchen. Zum Beispiel Major Florian Pfaff, der sich erfolgreich dagegen wehrte, den Irakkrieg zu unterstützen, oder die Bundeswehrsoldaten, die in Afghanistan, im Kosovo und in Kuweit eingesetzt werden. Auch der Einsatz von Bundeswehrsoldaten zum Schutz amerikanischer Militäreinrichtungen dauert noch immer an und ist äußerst fragwürdig.

In Mannheim steht in der Uhlandstraße vor dem Neckarstadt-Buchladen auf privatem Gelände ein Denkmal für Deserteure. Es sollte 1993 der Stadt Mannheim geschenkt werden. Das Geschenk wurde abgelehnt. Die Begründung von OB Widder: es besteht keine Notwendigkeit für die Aufstellung eines Denkmals für Deserteure.

Gerade in einer Zeit, in der deutsche Soldaten wieder im Kriegseinsatz sind und Deserteure der aktuell stattfindenden Kriege kein Bleiberecht in Deutschland bekommen, ist die öffentliche Auseinandersetzung mit diesem Thema wichtiger denn je. Zeitzeugen wie Ludwig Baumann gibt es nur noch wenige. Gerade deshalb dürfen wir die Geschichte nicht vergessen. Die politische Tendenz in unserem Land geht eindeutig nach rechts.

Menschen wie Ludwig Baumann sollten uns Vorbild sein, selber Mut zu haben, einzugreifen und zu kämpfen gegen Krieg, Ausgrenzung, Abschiebung, Rassismus und Neofaschismus.

ukari

Am Sonntag, den 25. September wird im ASV, Mannheim, Beilstrasse 12 um 21 Uhr ein Film gezeigt werden über Ludwig Baumanns Vortrag am 4. Mai 2005 beim Friedensplenum Mannheim.

Keine Entwarnung!

Keinen Anlass zur Entwarnung beim Thema Rechtsextremismus sehen das Anne-Frank-Zentrum sowie die Vereine Gegen Vergessen – Für Demokratie und Gesicht Zeigen! Aktion Weltoffenes Deutschland. Sie fordern, dass die vom Bund finanzierten Programme gegen Rechtsextremismus weitergeführt und ausgebaut werden müssen. Gemeinsam haben die drei Organisationen deshalb einen Aufruf verfasst, der am 22. August in Berlin vorgestellt wurde und inzwischen von über 720 Personen unterstützt wird.

Bundesweiter Aufruf :

Keine Entwarnung! Aktiv gegen Rechtsextremismus – Für eine vielfältige, demokratische Gesellschaft

Rechtsextremismus – von rechtsextremer Jugendgewalt bis zu rechtsextremen Parteien in Landtagen –, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind eine Herausforderung für unsere Demokratie.

Der Verfassungsschutzbericht weist es aus, die Wahlerfolge in Brandenburg und Sachsen, die täglichen Meldungen über rechtsextreme Gewalt- und Straftaten sowie aktuelle Studien zeigen: Es gibt keinen Anlass zur Entwarnung! Rechtsextremismus und gewaltbereite anti-demokratische Jugendbewegungen haben Zulauf. Sie fordern die Wachsamkeit aller Demokratinnen und Demokraten. Das heißt nicht ignorieren, nicht wegschauen, nicht verschweigen.

Wir brauchen die kritische, demokratische, politische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ansichten und Aussagen. Der Wahlkampf ist eine Bewährungsprobe für alle Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien, auf populistische Anleihen aus dem rechtsextremen Gedankengut zu verzichten.

In den letzten Jahren hat sich mit Unterstützung durch Bundes- und Landesprogramme ein breites bürgerschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz entwickelt.

Die Programme gegen Rechtsextremismus – wie z. B. entimon und CIVITAS – sind eine wertvolle Investition in unsere demokratische Zukunft. Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahlen fordern die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ihre Weiterführung und ihren Ausbau. Wir brauchen langfristige und übergreifende Präventionsstrategien.

Denn Demokratie- und Menschenrechtserziehung, politische Bildung, historisches Wissen und interkulturelle Kompetenz fördern die Bereitschaft zur aktiven politischen Mitarbeit. Sie sind Grundvoraussetzung für eine vielfältige, demokratische Zivilgesellschaft.

Ursela Monn, Uwe-Karsten Heye, Astrid Frohloff, Rainer Hunold, Hanna-Renate Laurien, Thomas Heppener (v. links) bei der Pressekonferenz in Berlin

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bedrohen unser Gemeinwesen – es gibt nach unserer Überzeugung keinen Anlass zur Entwarnung!

www.gesichtzeigen.de ■

Brüske Weise

Berlin/Paris/Wien. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, will die Reisebahnhöfe für das Gedenken an die NS-Kinderdeportationen definitiv sperren und hat das Vermittlungsangebot einer hochrangigen Delegation zurückgewiesen. Der entsprechende Schriftwechsel liegt german-foreign-policy vor. Demnach lehnt es Mehdorn ab, mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem DGB-Vorsitzenden der Bezirke Hessen und Thüringen sowie mehreren Überlebenden der KZ-Haft in Auschwitz und Theresienstadt zusammenzutreffen. Die Abgewiesenen hatten vorgeschlagen, bei einer persönlichen Begegnung nach einvernehmlichen Lösungen für eine Ausstellung über die auf dem deutschen Schienennetz nach Auschwitz deportierten Kinder zu suchen. Die Ausstellung war der Bahn AG von der französischen Organisation „Fils et Filles des Déportés Juifs de France“ angeboten worden. Unter den mehr als 10.000 Opfern, die in Viehwaggons der „Deutschen Reichsbahn“ u.a. nach Auschwitz geschleust wurden, befinden sich über 500 Kinder aus Deutschland und mehr als 100 aus Österreich. Die Abweisung der Delegation hat in mehreren jüdischen Gemeinden der Bundesrepublik und bei der Initiative „Elftausend Kinder“ Bestürzung ausgelöst.

mehr unter http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/55941.php ■

Strafanzeige gegen NPD und REP

BONN. Am Freitag, den 26. August 2005 wurde in Bonn Strafantrag gestellt gemäß § 130 StGB (Volksverhetzung)

a) gegen den presserechtlich verantwortlich zeichnenden Bundesvorstand der rechtsextremen „Republikaner“ (REP) und den zu ermittelnden Verteiler von im Stadtbereich Bonn positionierten Plakaten mit der Aufschrift „Arbeit für Wojciech – Hartz IV für Deutsche?“.

b) gegen den presserechtlich verantwortlich zeichnenden Bundesvorstand der rechtsextremistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und den zu ermittelnden Verteiler von im Stadtbereich Bornheim (Rheinl.) positionierten Plakaten mit der Aufschrift „Gute Heimreise!“.

In der Begründung zur Anzeige heißt es: „Auf den genannten Plakaten der REP wird in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, zum Hass gegen Teile der Bevölkerung – hier denen mit slawischen, insbesondere polnischen Namens beziehungsweise polnischer Herkunft – aufgestachelt und deren Menschenwürde angegriffen, indem suggeriert wird, diese Menschen nähmen „Deutschen“ die Arbeitsplätze weg und sie seien durchgängig sozial und wirtschaftlich besser gestellt beziehungsweise bevorzugt. .... Angesichts der unvorstellbaren Verbrechen, die dem polnischen Volk von den Ideologen und den Vollstreckern der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft angetan wurden, ist dies zudem ein besonders abscheulicher Angriff auf die Bestrebungen nach Völkerfreundschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen mit all ihren Bemühungen um Aussöhnung und Wiedergutmachung.

Die Plakataufschrift „Gute Heimreise!“ der NPD wird ergänzt durch ein Bild, auf dem weggehende muslimische Frauen mit vollen Tüten und ein Moscheeturm abgebildet sind. Bild und Text vermitteln eine besonders zynische Variante der Parole „Ausländer raus!“: Ausländische MitbürgerInnen sollen sozusagen mit Sack und Pack unter unwürdigen Bedingungen aus der Bundesrepublik Deutschland vertrieben werden. Besonders abscheulich wird diese Volksverhetzung dadurch, dass das Fotomotiv nicht nur Aufnahmen aus dem polnischen Drohobycz des Jahres 1942 ähnelt, auf denen ebenfalls Menschen mit schweren Bündeln abgebildet sind: Jüdinnen und Juden, die von den Nationalsozialisten in das nahe Konzentrationslager Belzec deportiert wurden, wo die meisten der 40.000 Deportierten ermordet wurden.

Es gleicht aber auch auf erschreckende Weise Bildern aus dem KZ Auschwitz (s. Anl.). Damit billigt und verharmlost die NPD nicht nur die unter der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft begangenen Gräueltaten, sondern fordert geradezu dazu auf, diese hier und jetzt zu wiederholen. Eine eigene Brisanz erhält diese Propaganda noch durch die Positionierung dieser Plakate in unmittelbarer Nähe eines von Kroaten betrieben Restaurants in Bornheim-Merten, Bonn-Brühler-Str. 39, den nach Auskunft eines Anwohners einzigen ausländischen MitbürgerInnen im direkten Straßenverlauf. Dies muss als ein gezielter Affront gegen Bornheimer BürgerInnen aufgefasst werden, der nicht geduldet werden darf.“

Der Bürgermeister der Stadt Bornheim (Rheinl.), Wolfgang Henseler (SPD), hat den Antragstellern der Anzeige aus Kreisen der VVN-BdA bereits zugesichert, die Möglichkeiten zu prüfen, diese volksverhetzende Propaganda entfernen zu lassen.

rew ■

„Fremdenfeindlichkeit“ ausgeschlossen?

Voreilige und unsachgemäße Schlüsse nach Schändung von NS-Opfer-Gräbern

WEIMAR. In der Nacht vom 13. auf den 14. August 2005 verwüsteten zunächst unbekannte Täter in Blankenhain nahe Weimar auf dem städtischen Friedhof 15 Gräber von Opfern des NS-Regimes, darunter auch sieben mit einem Davidstern versehene Steine, welche die Grabstätten ehemaliger jüdischer Häftlinge des KZ Buchenwald markieren.

Als eine Woche später ein 18-jähriger Blankenhainer als Täter ermittelt wird, meldet die zuständige Polizeidirektion Jena, die Kriminalpolizei Weimar könne „in der derzeitigen Phase der Ermittlung“ einen „fremdenfeindlichen“ Hintergrund der Tat ausschließen. Der geständige Tatverdächtige habe als Grund für die Friedhofsschändung „Alkoholmissbrauch und persönliche Frustration“ angegeben. In dieser Phase der Ermittlungen jedoch lag den Beamten nichts vor als eben diese Aussage des mutmaßlichen Täters. Trotzdem wird flugs ein „fremdenfeindliches“ Motiv ausgeschlossen, was dann auch ungebremst in der Presse durchschlägt. So heißt es etwa in der „Frankfurter Rundschau“ vom 20.8.05 bereits zweifelsfrei: „…,Fremdenfeindlichkeit sei ausgeschlossen.“

Tatsache jedoch ist, dass weder „Fremdenfeindlichkeit“ eine geeignete Kategorie für die Bewertung der Tat darstellt, noch tatsächlich bei näherer Betrachtung ein antisemitischer oder rechtsextremer Hintergrund wirklich ausgeschlossen werden kann. Warum begab sich der mutmaßliche Täter, so könnte man fragen, ausgerechnet auf den Friedhof und schändete hier nicht etwa wahllos die Gräber von NS-Opfern und normalen Blankenhainer Bürgern, sondern ganz gezielt 15 Steine ausschließlich von NS-Opfern? Welcher gesellschaftliche Kontext könnte es ihn als probat erscheinen lassen, ausgerechnet diese Gräber für sein schändliches Tun auszuwählen? Welcher Hass muss ihn getrieben haben, diese sehr schweren Steine aus dem Fundament zu hebeln und umzukippen – in der Lokalpresse ist von einem „immensen Kraftaufwand“ (TA, 16.8.05) die Rede? War er also wirklich alleine? Auch wenn zu dem jungen Verdächtigen nach Auskunft der PD Jena keine einschlägige Vorstrafe verzeichnet ist, müsste angesichts der Tat nicht doch noch einmal intensiv der geistige Hintergrund, die Tatumstände und das soziale Umfeld der Friedhofsschändung untersucht werden? Sollte sich die ermittelnde Behörde nicht angesichts dieser Tatsachen mit voreiligen und unsachgemäßen Bewertungen etwas zurückhalten?

Grab eines jüdischen KZ-Häftlings auf dem Friedhof in Blankenhain

Kann 60 Jahre nach Ende des Krieges und der Befreiung des KZ Buchenwald nicht etwas mehr Sorgfalt bei der Bewertung derartiger Untaten erwartet werden?

Was man wissen sollte: Auf den Friedhöfen Blankenhains wurden 328 Opfer der Zwangsarbeit aus 14 Nationen bestattet. Unter den 328 Opfern sind 265 KZ-Häftlinge, unter ihnen 68 Juden, aus dem KZ Buchenwald, die unmittelbar nach der Befreiung durch die US-Armee in das American Protected Hospital of Blankenhain eingeliefert worden waren und deren Leben nicht mehr gerettet werden konnte. (Vgl. Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945, Band 8: Thüringen, 2003, S. 358)

Wer den Friedhof je besuchte, weiß, wie es einem das Herz zusammen zieht, wenn man Namen, Alter und Herkunftsland derer auf den Grabsteinen liest, die die Befreiung von der deutschen Barbarei nur um wenige Tage oder Wochen überlebten.

Fritz Burschel

Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, weimar-gegen-rechts@web.de
www.weimar-gegen-rechts@web.de ■

24 Tote in Paris – Der Staat bekämpft die Opfer

Fortsetzung von Seite 1

Nichts hat sich jedoch seitdem an der Gefahrensituation geändert, in der viele „mal logés“ (Schlecht Behauste) – deren Zahl frankreichweit auf annähernd 2 Millionen geschätzt wird – leben.

In der Nacht vom 25. auf den 26. August brannte ein Wohnhaus am Boulevard Vincent-Auriol im südlichen Zentrum von Paris. Der Brand forderte 17 Tote, darunter 14 Kinder; Es handelte sich um ein sechsstöckiges Wohnhaus, in dem die Stadt Paris rund 150 Personen, überwiegend afrikanischer Herkunft, „provisorisch“ untergebracht hatte. Das Provisorium dauerte für viele der betroffenen Familien seit – 1991. Damals hatten, beginnend am 13. Juli, dem Vorabend des französischen Nationalfeiertags, rund 300 vorwiegend maghrebinische und schwarzafrikanische Einwanderer die Riesenbaustelle der jetzigen Bibliothèque Nationale de France – der größten Bibliothek Europas – besetzt.

Vier Monate lang lebten sie dort in Zelten auf dem Gelände, unterstützt von Wohnrauminitiativen wie dem kämpferischen DAL (gesprochen „Dall“; von „Droit au logement“, der Name bedeutet „Recht auf eine Wohnung“). Am Ende waren die Leute „vorübergehend“ in Notunterkünften, die der Stadt Paris gehörten, untergebracht worden. Ein Jahr später fand erneut eine noch größere Besetzung statt, 1.400 Menschen – meistens afrikanische Familien – campierten in ausrangierten US-Armeezelten vor dem Schloss von Vincennes, vor den Toren von Paris. Dieses Mal ließ der Pariser Polizeipräfekt die Zeltstadt jedoch, Ende Oktober 1992, gewaltsam auflösen.

Die Protestierenden waren in beiden Fällen fast ausschließlich „legale“ Immigranten, die seit Jahren mit Aufenthaltstitel in der französischen Hauptstadt lebten und beispielsweise bei der öffentlichen Müllabfuhr beschäftigt waren. Sie waren jedoch, wegen Mietrückständen oder wegen Abriss ihrer bisherigen Wohnungen, aus ihren Häusern geflogen. Und sie fanden schlicht keine neuen Vermieter: Weil sie schwarz sind und aufgrund flagranter Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt, oder auch einfach deswegen, weil sie „zu arm“ waren. Diese Ausschlussmechanismen haben sich seitdem nur noch drastisch verschärft: Potenzielle Vermieter verlangen oftmals als „Sicherheit“, dass ihre MieterInnen vier oder fünf mal die Summe der Monatsmiete als Gehalt verdienen. Die Konsequenzen liegen auf der Hand: 1954 bestand die Bevölkerung von Paris noch zu 65 Prozent aus Arbeitern und Angestellten sowie kleinen Handwerkern, zu 35 Prozent aus Unternehmern, Freiberuflern und leitenden Angestellten. Bereits 1990 hatten sich diese Proportionen umgekehrt. Und derzeit spitzt sich diese Tendenz weiterhin drastisch zu: In den Jahren 2001 bis 2004 kletterten die Mieten in Frankreich im Durchschnitt um 14,22 Prozent (laut „Le Parisien“ vom 14. März 2005), für das laufende Jahr wird ein Anstieg um weitere 4,7 Prozent prognostiziert. Wer arm ist, hat also schlechte Karten in Paris, wo die Eliten der halben Welt mittlerweile um die prestigereichsten Quadratmeter konkurrieren – und wer noch dazu beispielsweise schwarz ist, hat doppelt schlechte Karten. Bisher waren einzelne ärmere innerstädtische Wohnviertel, die seit langem von Immigranten bewohnt waren, davon ausgenommen – doch in diesen machen sich inzwischen die „Bobos“ (Bourgeois-Bohèmes) breit, jüngere Besserverdienende mit linksliberalem Touch und einem Hang zur Sozialromantik. Letztere schätzen diese Viertel und lassen gleichzeitig die Mieten auch dort explodieren.

Das – „provisorisch“ belegte – Wohnhaus am Boulevard Vincent-Auriol, nur einige hundert Meter von der 1996 eröffneten Nationalbibliothek entfernt, hatte lockere Bretter und teilweise löcherige Decken. Bei Regen tropfte das Wasser in das Gebäude hinein. Elektrische Drähte hingen lose in der Gegend herum. Anlässlich der Bauarbeiten in der unmittelbaren Nachbarschaft, wo rund um die Bibliothek in den letzten Jahren ein neues, „hypermodernes“ und extrem hässliches Büro- und Geschäftsviertel entstanden ist und weiter wächst, vibrierte und erzitterte das gesamte Haus. Es war also eher glücklichen Umständen zu verdanken, dass es nicht schon lange zu gravierenden Unfällen gekommen ist. Der Brand von Ende August war jedoch kein Unfall. Am vorigen Freitag hat die Pariser Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen Unbekannt wegen Brandstiftung eröffnet, denn nach den ersten Ergebnissen der polizeilichen Ermittlungen steht mittlerweile fest, dass der Feuer wahrscheinlich absichtlich gelegt worden ist. Der Brandherd ging von Kinderwägen, die im Erdgeschoss im Treppenhaus abgestellt waren, aus – und der ursprüngliche Verdacht, dass defekte elektrische Leitungen das Feuer verursacht haben könnten, ist ausgeräumt, denn es befanden sich gar keine Leitungen in der Nähe der Kinderwägen. Erhärtet sich die Vermutung, so ist im Moment aber weniger an einen ideologisch-rassistisch motivierten Anschlag zu denken, sondern wohl eher an einen „warmen Abbruch“, der käme mächtigen Interessen äußerst gelegen: In der Nachbarschaft des abgebrannten Hauses kostet der Quadratmeter in den zahlreichen (Büro-)Neubauten im Augenblick 4.000 Euro.

Ein zweiter Brand wenige Tage später, der in der Nacht zum 30. August erneut 7 Todesopfer (darunter 4 Kinder) forderte, traf erneut afrikanische Immigranten. Dieses Mal brannte ein besetztes Haus, das seit Anfang der 90er Jahre durch seine früheren Eigentümer aufgegeben und 1999 durch ivoirische (d.h. aus der Côte d’Ivoire, oder Elfenbeinküste, stammende) Familien besetzt worden war. Die Mehrheit der „HausbesetzerInnen“ in Paris sind keine Junganarchisten, sondern – wie in diesem Fall – afrikanische Familien, die auf dem so genannten „freien Wohnungsmarkt“ keine Chance haben und auch keine Sozialwohnung erhalten. Eine zehnjährige Aufenthaltserlaubnis gehört zu den gesetzlichen Mindestvoraussetzungen, um überhaupt Anspruch auf eine Sozialwohnung (HLM) erheben zu können. Das ausgebrannte Gebäude in der rue du Roi-Doré, in der Altstadt von Paris, gehörte zu den baufälligsten Häusern der französischen Hauptstadt und war bereits als besonders gefährlich eingestuft. Eine städtische Gesellschaft zur Renovierung risikobehafteter Gebäude hatte das Haus vor einem halben Jahr aufgekauft. Von 22 Familien waren 12 in eine andere Wohnung vermittelt worden – alles Familien, die Aufenthaltsdokumente besaßen. Die anderen 10 Familien, die keine gültigen Aufenthaltstitel (mehr) aufwiesen, blieben in dem Haus mit defekten elektrischen Leitungen – letztere haben nach bisherigen Ermittlungen in diesem Fall möglicherweise den Brand verursacht. Diese zehn Familien waren es, die am 30. August bei lebendigem Leib zu verbrennen drohten.

Der Innenminister im Einsatz gegen die Opfer

Der französische Innenminister Nicolas Sarkozy hat es erkannt: Das Problem rührt daher, dass so viele Leute mit akuten

Wohnraumproblemen „sich in Paris zusammen ballen“, erklärte er in den letzten Augusttagen, „von denen einige sich illegal in Frankreich aufhalten“ und deshalb angeblich nicht registriert seien.

Letztere Behauptung ist freilich Mummpitz, denn den Polizeidiensten ist sehr wohl die – ungefähre – Anzahl so genannt „illegaler“ Einwanderer und ihre räumliche Verteilung bekannt. Die Staatsorgane sind sehr genau darüber unterrichtet, dass bestimmte Wirtschaftszweige (Gebäudereinigung, Teile des Baugewerbes usw.) in weiten Teilen auf „illegalen“ und deshalb besonders prekarisierten und billigen Arbeitskräften basieren, ohne die sie in ihrer jetzigen Form zusammenbrechen würden. Der Staat interveniert in der Regel, wenn ein „Überangebot“ an illegalisierten Arbeitskräften besteht, um einen Teil der „Überflüssigen“ abzuräumen und in ihre Herkunftsländer zurückzuverfrachten.

Am vorigen Dienstag erklärte Sarkozy in diesem Kontext, er habe die ihm untergebenen Polizeidienste angewiesen, „all diese besetzten Häuser und all diese Gebäude zu räumen, um weitere Dramen zu verhindern“. Angeblich, um die potenziell gefährdeten Menschen darin zu schützen. Der brisante Punkt liegt freilich in der Frage, ob den von Räumungen betroffenen Personen oder Familien Ersatzwohnraum angeboten wird oder nicht. Darin liegt die Crux so mancher (pseudo-)humanitärer Politik, die sich darauf beruft, man wolle doch endlich den schrecklichen Wohnraumbedingungen an manchen Orten ein Ende bereiten. Beispielsweise in der Politik des aktuellen Arbeits- und Sozialministers Jean-Louis Borloo: Er möchte in den kommenden fünf Jahren erklärtermaßen 25.000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau (HLM) abreißen und zerstören, um den schlechten Konditionen in den Wohnblöcken und Plattenbauen mancher Pariser Trabantenstädte ein Ende zu bereiten. Rein theoretisch ein löbliches Vorhaben – aber die entscheidende Frage lautet, wo dann der damit wegfallende Wohnraum ersetzt wird. Die Antwort der Regierung lautet: Irgendwo, noch weiter draußen aus dem Pariser Ballungszentrum oder in der „Provinz“ – aber bitte nicht in Paris und auch nicht vor seinen Toren!

A propos: Ein Gesetz aus dem Jahr 2000, das vom damaligen KP-Minister für Verkehr und Wohnungsbau Jean-Claude Gayssot ausgearbeitet worden ist, verpflichtet alle Städte, Bezirke und Kommunen dazu, einen Anteil von mindestens 20 Prozent an Sozialwohnungen auf ihrem jeweiligen Gebiet zur Verfügung zu stellen – und notfalls Wohnraum umzuwandeln oder Sozialwohnungen nachzubauen. Seit dem Regierungswechsel von 2002 aber lässt die Pariser Regierung, die theoretisch alle Kommunen zur Einhaltung dieser Verpflichtung zwingen oder sie sonst mit einer Geldstrafe belegen könnte, das Gesetz schlicht und einfach nicht anwenden. Im Großraum Paris, wo der sozialdemokratische Regionalpräsident Jean-Paul Huchon ein wenig auf die Einhaltung der Vorschrift drängt, liefert unter anderem der Bürgermeister des Pariser Nobelvororts Neuilly-sur- Seine, ein gewisser Nicolas Sarkozy..., einen anhaltenden Kleinkrieg gegen jede Verpflichtung zum sozialen Wohnungsbau. Auch die Hauptstadt Paris, seit 2001 unter einem sozialdemokratischen Stadtoberhaupt (Bertrand Delanoë), leistet zumindest passive Widerstände; allerdings hat die Stadtverwaltung tatsächlich Mühe, innerhalb von Paris Neubauten anzusetzen, und zeigt sich teilweise um die Umwandlung bisherigen gehobenen in Sozialwohnraum bemüht. Dagegen leisten aber wieder bürgerliche Bezirkspolitiker erbitterte Widerstände...

In der jetzigen Krise, die durch die Katastrophen von Ende August ausgelöst wurde, reagieren die Stadt Paris und der französische Staat auf unterschiedliche Weise. Das Rathaus der Hauptstadt hat angekündigt, allen von Brandkatastrophen Betroffenen – demnach also auch jenen ohne gültige Aufenthaltspapieren, wie implizit aus der Ankündigung hervor geht, neuen Wohnraum zu beschaffen. Die 133 Überlebenden des Hauses am Boulevard Vincent-Auriol waren am vergangenen Wochenende tatsächlich alle untergebracht, sie sind aber überwiegend „legale“ Einwanderer. Für die ehemaligen Bewohner der rue du Roi-Doré, die hingegen in „illegaler“ Situation sind, bleibt die Regelung abzuwarten. Die Stadt hat einige Unterbringungen an den Rändern von Paris angeboten, aber die Familien bestehen darauf, in ihrem bisherigen Wohnviertel zu bleiben. Sie wollen vermeiden, dass ihre Kinder künftig in „Ghettoschulen“ gehen müssen und damit keine wirkliche Zukunft haben. Einige Schulen in den Randbezirken von Paris sind als „Ghettoschulen“ abgestempelt, und wer dort einen Abschluss macht und gleichzeitig schwarz ist, dürfte tatsächlich relativ geringe Chancen in der Gesellschaft haben. „Viele der Frauen aus dem Haus arbeiten als Putzfrauen in der Nachbarschaft, haben soziale Kontakte im Bezirk geknüpft und kennen Eltern oder Lehrer“ berichtet etwa „Libération“.

Dagegen hat die französische Zentralregierung, und allen voran ihr Law and Order-Minister Sarkozy, kein Sterbenswörtchen über eine mögliche Unterbringung der von Katastrophen oder Räumungen betroffenen Familien verloren. Um den Applaus des rassistischen Teils der Wählerschaft bemüht, betont Sarkozy allein den repressiven Aspekt seiner Ankündigung, Die Polizeipräfektur, die Innenminister Sarkozy unterstellt ist, kündigte am vorigen Donnerstag bereits an, eine Liste der 60 gefährdetsten Objekte erstellt zu haben. Diese sollen nunmehr rasch geräumt werden.

Und den Worten folgten Taten: Am vergangenen Freitag um 7 Uhr morgens rückten Großaufgebote der Pariser Polizei im nordöstlichen 19. Arrondissement sowie im südlichen 14. Bezirk der Hauptstadt an. Im Norden räumten sie ein ehemaliges Zentrum für Behinderte, das seit vier Jahren aufgegeben und durch afrikanische Familien besetzt worden war. Ausgerechnet im Dreieck der Straßen, die „rue de la Fraternité“, „rue de la Liberté » und „rue de la Solidarité“ heißen – das besetzte Gebâude lag in der erstgenannten, der „Straße der Brüderlichkeit“ – rissen die Beamten die Familien aus ihren Betten, es kam zu gewaltsamen Übergriffen. Es wäre der erste Schultag für die Kinder gewesen, der damit ausfallen musste. Der offizielle Vorwand, es habe sich um ein gefährliches Objekt gehandelt, ist in diesem Fall offenkundig fadenscheinig: Im vorigen Jahr waren, im Einvernehmen mit dem sozialdemokratisch regierten Bezirksrathaus, einige Arbeiten an dem Gebäude durchgeführt worden, um Risiken etwa im Hinblick auf elektrische Leitungen auszuschalten. Für das Frühjahr 2006 war – so die Vereinbarung zwischen Bezirksrathaus und Solidaritätsorganisationen – geplant gewesen, die rund 70 Personen in andere Wohnungen umzusiedeln, um Instandsetzungsarbeiten vornehmen zu können. Aber das Gebäude war wohl aus anderen Gründen Leuten aus dem Staatsapparat ein Dorn im Auge. Einmal wöchentlich traf sich hier, und das dürfte bekannt gewesen sein, die Solidaritätskoordination für die Sans papiers (illegalisierte Einwanderer) des 19. Arrondissements. Ferner hatte ein Immobilienspekulant das Gebäude seit 2003 aufgekauft – und der konnte nun seine finanziellen Interessen geltend machen, er hatte im übrigen auch die Justiz angerufen.

Die afrikanischen Familien wurden gezwungen, ihre Sachen in Müllsäcke und notdürftige Kartons zu verpacken. Jedoch erwiesen sich viele Bewohner der Nachbarschaft solidarisch, einige boten den Afrikanern etwa an, die Sachen, die sie nicht unmittelbar mitnehmen

könnten, in ihren Garagen abzustellen. Die 70 betroffenen afrikanischen Erwachsenen und Kinder campieren nunmehr seit Freitagabend in Zelten im Park am nahe gelegenen Boulevard d'Algérie, am Pariser Stadtrand. Unterstützung erhielten sie von Wohnrauminitiativen, Antirassismusgruppen, KP, Grünen, undogmatischen Trotzkisten. Auch sozialdemokratische Hochschullehrerinnen aus der unmittelbaren Nachbarschaft engagierten sich aktiv. Die Pariser Stadtverwaltung hat jetzt angekündigt, jenen 18 Familien unter den Betroffenen, die über Aufenthaltserlaubnisse verfügen, neuen Wohnraum zu besorgen.

Im Süden von Paris handelte es sich um ein 2.200 Quadratmeter großes Gelände, auf dem der letzte erhaltene Bauernhof auf Pariser Stadtgebiet liegt. Das Areal ist ebenfalls Objekt einer Immobilienspekulation, derentwegen lokale Initiativen seit Jahren mit den Bezirksbehörden im Konflikt lagen, um die geplante Zerstörung zu verhindern. Seit circa zwei Jahren wohnten dort ebenfalls 70 bis 80 afrikanische Immigranten, viele unter ihnen ivoirischer Nationalität. Sie wurden am Freitagvormittag durch ein großes Polizeiaufgebot geräumt. In ihrem Fall hat die Polizeipräfektur angekündigt, ihnen für 14 Tage eine Unterkunft in einem möblierten Hotel zur Verfügung zu stellen und ihr Hab und Gute für einen Monat aufzubewahren. Seit Freitag sind die Familien nun in einem Hotel in Suresnes, einer Pariser Trabantenstadt, untergebracht – weit entfernt von den Schulen, in denen ihre Kinder am vorigen Freitag eingeschult werden oder in eine neue Klasse kommen sollten.

Die nähere Zukunft wird zeigen, ob es zu größeren Solidaritätsbekundungen kommt. Am vorigen Samstag demonstrierten 8.000 bis 10.000 Menschen aus der gesamten Linken (links von der Sozialdemokratie), Solidaritätsvereinigungen, Antirassismus- und Wohnrauminitiativen vom Boulevard Vincent-Auriol bis zur Place de la République auf der anderen Seine-Seite. Angesichts der Tatsache, dass die Demonstration innerhalb von drei Tagen vorbereitet worden war, ein beachtlicher Erfolg. Der Versuch eines Teils der DemonstrantInnen, bis zu dem Park im 19. Arrondissement vorzudringen, in dem die zwangsgeräumten Familien campieren, wurde durch massiven Polizeieinsatz vereitelt.

Post scriptum: Die französische Volkszählung von 1990 hatte ergeben, dass es 118.000 leerstehende Wohnungen in Paris (und frankreichweit 1,9 Millionen) gebe. Die letzte Statistik aus dem Jahr 2001 weist allein für das Pariser Stadtgebiet 136.000 leer stehende Wohnungen aus. Nach einer Verordnung aus dem Jahr 1945 könnte die Regierung – theoretisch – Wohnraum, der etwa zu Spekulationszwecken durch seine Eigentümer leer gelassen wird, legal beschlagnahmen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Zynische Info-Broschüre des Thüringer Landesausländerbeauftragten

THÜRINGEN. Jahr und Tag hört man kaum etwas vom Landesausländerbeauftragten. Und dann flattert einem eine Broschüre für Abschiebehäftlinge ins Haus, welche einen an der Aufgabe jenes Landesbeauftragten verzweifeln lassen will.

Sollte ein solcher Beauftragter für die Belange von MigrantInnen, Asylsuchenden und AusländerInnen allgemein nicht eigentlich deren Situation verbessern, für Ihre Rechte und Bedürfnisse eintreten und auch parlamentarisch darauf dringen, dass eine als strukturell rassistisch noch recht milde bezeichnete Ausländer- und Asylpolitik entschärft, liberalisiert und ihrem Gegenstand gemäß humaner gemacht wird? Es geht doch um Menschen auf der Flucht, Menschen auf der Suche nach Lebensperspektiven, Menschen, die Freizügigkeit suchen.

Stattdessen legt der Ausländerbeauftragte nun eine Art Willkommens-Broschüre für die Abschiebehaft vor, welche – so könnte man zynisch zusammenfassen – in ihren grundlegenden Rechten zum Teil existenziell eingeschränkten Abschiebehäftlingen den Aufenthalt in einer Thüringer JVA „möglichst angenehm" gestalten soll.

Ob es den unglücklichen Abschiebegefangenen etwas hilft, zu wissen, dass sie „weder als Straf- noch Untersuchungsgefangene" gelten, „da sie nicht wegen einer begangenen Straftat oder des Verdachts einer Straftat inhaftiert" sind, darf bezweifelt werden. In kaltem Behördendeutsch wird ihnen von „ihrem Ausländerbeauftragten" erklärt, weshalb sie jetzt in der Falle hocken. Der aufgrund fragwürdiger Asyl- und Aufenthaltsrechts-Regeln Inhaftierte kann sicher auf diese Art Betreuung verzichten.

Für einen um Milderung, Integration und Menschenwürde bemühten Regierungsbeauftragten sollte derartige Abfertigungshilfe für Betroffene des bundesdeutschen Abschieberegimes unwürdig sein: so macht er sich zur Gleitcreme in einem geschmeidig und auf Hochtouren laufenden Abschiebe-Apparat.

Dabei gäbe es, angesichts von wissenschaftlichen Umfrage-Ergebnissen wie dem Thüringen Monitor (erarbeitet an der Friedrich-Schiller-Universität im Auftrage des Landtages) wahrhaftig wichtigeres für den Ausländerbeauftragten zu tun, als der Abschiebebehörde zur Hand zu gehen: Rund 56 Prozent der ThüringerInnen pflegen – so heißt es im Monitor 2004 – dezidiert ausländerfeindliche, rund 22 Prozent gar rechtsextreme Einstellungen.

Und wäre nicht auch das Schicksal der Familie Sönmez einer von vielen Fällen, wo ein um die Belange von AusländerInnen wirklich bemühter Regierungsbeauftragter tätig werden müsste? Die Familie soll nach einem Jahrzehnt Leben und Integration in Deutschland, wo auch die Kinder aufwuchsen, knallhart in die Türkei abgeschoben werden und flüchtete nach vergeblichem Appell an die Härtefallkommission jetzt in ein Kirchenasyl.

Seine Abschiebe-Broschüre jedenfalls kann sich Thüringens Ausländerbeauftragter Eckehard Peters – mit Verlaub – an den Hut stecken!

Fritz Burschel
Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, weimar-gegen-rechts@web.de
www.weimar-zeigt-sich.de ■

Offener Brief an Ministerin

MÜNCHEN. Während der Aktionen zum Essenspakete-Boykott im Flüchtlingslager in der Emma-Ihrer-Str. in München wurden zahlreiche Protestfaxe ans Sozialministerium geschickt. Darin wurde die Versorgung mit Essenspaketen als menschenunwürdig kritisiert und darauf hingewiesen, dass Barleistungen billiger und weniger aufwändig wären. Ministerin Stewens wurde zu einer öffentlichen Stellungnahme zu den Protesten und den Forderungen nach Geld- statt Sachleistungen aufgefordert. Im Antwortschreiben des Ministeriums an die AbsenderInnen der Protestfaxe hieß es, dass die Versorgung einwandfrei sei und die Gesetzeslage keinen Spielraum lasse. Die Praxis in anderen Bundesländern beweist allerdings, dass der Ermessensspielraum des Asylbewerberleistungsgesetzes größer ist, als es vom Bayerischen Sozialministerium dargestellt wird.

Daher wenden sich nun verschiedene Organisationen und Einzelpersonen, die die Proteste der Flüchtlinge gegen die Verletzung ihres Rechts auf Selbstbestimmung unterstützen, mit einem offenen Brief an die Ministerin.

Miriam Leitner (Bayerischer Flüchtlingsrat), bfr@ibu.de■

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Stewens, mit Interesse haben wir Ihre durch Herrn Lischke übermittelte Antwort auf die Kritik an der Versorgung von Flüchtlingen mit Sachleistungen zur Kenntnis genommen. Diese lässt jedoch einige Fragen offen.

Sie halten das Asylbewerberleistungsgesetz nicht für menschenunwürdig, da es auf die „notwendigen Bedürfnisse der Leistungsempfänger" abstelle. Ein Gesetz, das die Grundversorgung einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe regelt und sie damit aus dem für alle ande- →

ren geltenden Sozialsystem ausschließt, ist jedoch an sich diskriminierend. Die Unterbringung in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften und die Versorgung mit Essenspaketen, Hygienepaketen, Kleidung und der allernötigsten medizinischen Versorgung hat nichts mehr mit Menschlichkeit zu tun, da mit dieser Praxis Menschen zu verwalteten Objekten degradiert werden und ihnen ihre Würde und ihr Recht auf Selbstbestimmung genommen werden. Dass dies, wie Sie anführen, auch in anderen Bundesländern passiert, ist keine Rechtfertigung dafür, dass auch in Bayern so verfahren wird. Ebenso könnten Sie sich auf die Länder berufen, die den Ermessensspielraum des Asylbewerberleistungsgesetzes ausschöpfen und durch die Vergabe von Geldleistungen den Betroffenen ein Minimum an Selbstbestimmung ermöglichen.

Ihr Verweis auf den „Asylkompromiss“ von 1991 als Grundlage für das derzeit geltende Gesetz ist außerdem nicht ganz aktuell. Es wird Ihnen bekannt sein, dass mit der Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes von 1997 der Ermessensspielraum für die Auszahlung von Geldleistungen erheblich erweitert wurde, und zwar aus der Erkenntnis heraus, dass Sachleistungen teurer als Geldleistungen sind.

Sie begründen die Ausreichung von Essenspaketen mit § 3 AsylbLg, in dem, wie Sie schreiben, die Vergabe von Sachleistungen gesetzlich festgelegt sei. § 3 Abs. 2 S. 1 AsylbLG lautet aber wörtlich: „Bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen im Sinne des § 44 des Asylverfahrensgesetzes können, soweit es nach den Umständen erforderlich ist, anstelle von vorrangig zu gewährenden Sachleistungen nach Absatz 1 Satz 1 Leistungen in Form von Wertgutscheinen, von anderen unbaren Abrechnungen oder von Geldleistungen im gleichen Wert gewährt werden.“ Außerhalb von Erstaufnahmeeinrichtungen kann also kein Sachleistungszwang festgestellt werden. „Nach den Umständen erforderlich“ sind Essenspakete sicherlich nicht, wenn man bedenkt, dass der Verwaltungsaufwand für diese Praxis Kosten mit sich bringt, die durch die Ausgabe von Bargeld vermieden werden können. Zu den Umständen, die eine Entscheidung zugunsten von Geldleistungen erforderlich machen, gehört auch die Unmöglichkeit, den individuellen und kulturellen Bedürfnissen der Betroffenen mit einem Paketesystem gerecht zu werden, vor allem, da in der Realität nicht einmal die von Ihnen angeführten Wahl- und Tauschmöglichkeiten genutzt werden können, weil Anfragen und Beschwerden der Betroffenen einfach ignoriert werden. Mit zu berücksichtigen sind außerdem die Grundrechte als höherrangiges Recht. Mit der Vergabe von Sachleistungen missachten Sie unter anderem das Grundrecht auf Wahrung der Menschenwürde (Art. 1 GG), das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG), den Gleichheitsgrundsatz (Art 3 GG), das Grundrecht auf Informationsfreiheit (Art. 5 GG) und das Grundrecht auf Religionsfreiheit (Art. 4 GG). Die 40 Euro Taschengeld, die neben Sachleistungen gewährt werden, lassen den Menschen keinerlei Spielraum, diese Grundrechte konkret umzusetzen. Sie haben nicht nur keine Möglichkeit, ihren materiellen Grundbedarf nach ihren eigenen Bedürfnissen zu decken, sondern bleiben auch vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben aus-geschlossen.

Die anhaltenden Proteste von Flüchtlingen gegen Essenspakete widersprechen Ihrer Aussage, dass es sich um eine „einwandfreie Versorgung“ handelt.

Im Übrigen möchten wir Sie darauf hinweisen, dass nach der gesetzlichen Konzeption der Bezug von eingeschränkten Leistungen nach dem AsylblG auf 36 Monate beschränkt sein soll. Die bayerische Praxis, landesweit nur Essenspakete auszugeben, wenn Leistungsbezieher in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, widerspricht der Gesetzeslage. Wir verweisen dabei auf die Entscheidungen des OVG Sachsen vom 11.9.2002 und des BayVGH vom 6.10.03 - 12 C 03.1544 und die ständige Rechtsprechung des BayVG München.

Wir fordern Sie noch einmal dazu auf, öffentlich zu den Protesten und den Forderungen nach einer Änderung Ihrer Politik Stellung zu nehmen.

Unterzeichnet von: AK Asyl Maxhütte; Inge Ammon; Dr. Philip Anderson, freier Migrationsforscher; Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY); Arikan Memo, Mitglied des Ausländerbeirates der LH-München; AstA der Universität München; Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München; Bayerischer Flüchtlingsrat; Florian Fritz; Franz Ganster, Caritasverband Fürth, Flüchtlingsberatung; Handicap International; Rüdiger Heid, buntkicktgut - interkulturelle strassenfussballliga münchen; Luísa Costa Hölzl, Mitglied des Sachaus-schusses Migration im Diözesanrat der Diözese München und Freising; Robert Hösle, Augsburger Flüchtlingsrat; Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen; Münchner Flüchtlingsrat; Res publica; Veronica Taskhiri; Robert Villwock ■

Dezentraler Aktionstag gegen Abschiebungen

GREIFSWALD. Mit einem Aktionstag gegen Abschiebung und Abschiebehaft machten am 30.8.2005 Flüchtlingsinitiativen in mehreren deutschen Städten auf die Situation abgelehnter Asylbewerber aufmerksam. Der Aktionstag soll an das Schicksal mehrerer Flüchtlinge erinnern, die während oder in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer Abschiebung in den letzten Jahren zu Tode gekommen sind.

„1983 war der 23-jährige türkische Oppositionelle Kemal Altun aus Angst vor seiner Auslieferung an die Türkei aus dem Fenster eines Berliner Gerichtssaals in den Tod gesprungen. 1999 erstickte der Nigerianer Kola Bankole während der Abschiebung. Er war gefesselt, der Mund mit Paketklebeband verklebt, zuvor mit einer Beruhigungsspritze ruhig gestellt ins Flugzeug verfrachtet worden.“(aus dem Kalender „Fluchtwege freihalten“, 2005)

In diesem Zusammenhang wurde von einer örtlichen Initiative auf dem Greifswalder Fischmarkt ein Straßentheater inszeniert: eine Abschiebung von togoschen Flüchtlingen von Deutschland nach Togo. Dabei wurde auf mögliche Folgen wie staatliche Beugemaßnahmen, Eingriffe in die persönliche Freiheit, die Verletzung der Menschenrechte sowie das mögliche „Ankommen“ in Togo aufmerksam gemacht. Die Situation in Togo ist, insbesondere nach der manipulierten Wahl vom 24. April dramatisch, berichtet die Antirassistische Initiative Rostock. Damit einher gehen massive Menschenrechtsverletzungen durch Paramilitärs und Flüchtlingswellen nach Benin oder Ghana. Weiterhin erklärt die Initiative, dass „die durch das Auswärtige Amt diagnostizierte „stabile Lage“ Ausdruck ignoranter Haltung gegenüber alltäglicher, also „stabiler“, Gewalt- und Willkürherrschaft ist. Mit dem Aktionstag wollten wir hier und anderswo gegen menschenverachtende Abschiebungen im Allgemeinen und Abschiebepraktiken demonstrieren und uns mit den Asylbewerbern solidarisieren, die zu unseren Freunden wurden.“

Antirassistische Gruppe Greifswald, 31.8.2005, www.nolager.de ■

Spektakuläres Zeichen gegen Krieg und nuklearen Wahnsinn

Gewaltfreie Aktion auf dem Gelände des EUCOM in Stuttgart-Vaihingen

Am 9. August, dem Nagasaki-Gedenktag, haben wir, die Friedensaktivisten Martin Otto (51), Johannes Mader (22) und Hanna Jaskolski (70), auf dem Terrain der US-Kommandozentrale EUCOM* erneut ein deutliches Zeichen gesetzt.

Unsere Aktion kündigte Martin vorher dem Kommandanten des EUCOM, der US-Botschaft, der Bundesregierung und der Stuttgarter Polizei an. Darin heißt es unter anderem: Bei unserer gewaltfreien Aktion wollen wir den Zaun des EUCOM an einer Stelle öffnen und dahinter ein paar Quadratmeter des EUCOM-Geländes unsererseits einzäunen.

Dieses kleine Stück des EUCOM kaufen wir mit diesem Brief der US-Army zum Preis von einem Euro ab. Zu diesem Zweck ist hier eine 1-Euro-Münze eingeklebt. Wir kaufen das Stück EUCOM-Gelände auf ähnliche Art und Weise, wie die US-Regierung einst eine riesige Fläche Land den Western-ShoshoneIndianerInnen in Nevada abgekauft hat, um das Gebiet anschließend mit Atomtests zu zerbomben. Nach der Weigerung der IndianerInnen, ihr Land zu verkaufen, wurde kurzerhand ein Geldbetrag auf das Konto des „Bureau für indianische Angelegenheiten“ überwiesen, und die US-Regierung erklärte sich damit zum Eigentümer dieses Landes.

Unsere Aktion soll gleichzeitig symbolisch und konkret sein. Im EUCOM werden Kriegseinsätze gesteuert, möglicherweise in der Zukunft auch Atomwaffeneinsätze. Wir wollen die vom EUCOM ausgehende Gefahr symbolisch verringern, indem wir das EUCOM-Gelände konkret verkleinern. Wir sehen die Aktion als einen Schritt, auf dem Weg hin zu politischen und juristischen Entscheidungen, die irgendwann für die konkrete Schließung des EUCOM sorgen werden. Um solche Entscheidungen zu erreichen, ist politischer Druck notwendig. Unsere Aktion ist ein Beitrag dazu.

Zu dritt schnitten wir den Zaun auf und betraten das Gelände. Unterstützt wurden wir von vier Mitstreitern. Mit Bändern und 12 Dreiecksschildern grenzten wir ein circa 10 x 15 Meter großes Feld ab. Auf den Schildern stand „Menschenschutzgebiet statt EUCOM“ und „Menschenschutzgebiet – No more Nagasakis“. Außerdem hängten wir ein langes weißes Band in die Bäume, auf dem in großen Buchstaben zu lesen war: „NON VIOLENT ACTION“. Anschließend säten wir Sonnenblumensamen als Zeichen des Lebens. Um 11.13 Uhr, der Zeit des Atomwaffenabwurfs auf Nagasaki vor 60 Jahren, gedachten wir der Opfer mit Schweigen und leisen Flötentönen. Danach gingen wir drei – noch unentdeckt – in einiger Entfernung ungehindert durch ein unverschlossenes Tor mitten in das EUCOM-Gelände hinein. Wir kamen auch an dem Gebäude der eigentlichen Kommandozentrale vorbei, von der im sog. Ernstfall auch die in Deutschland stationierten Atomwaffen zum Einsatz gebracht werden, und an dem hohen Sendemast, über den Befehle zu Kriegseinsätzen in aller Welt übertragen werden. Das alles in einem sauberen, mit Rosen und anderen Blumen geschmückten Ambiente. Menschen, Kinder und Erwachsene, grüßten uns freundlich. Fast hätten wir uns im tiefsten Frieden gewähnt, wenn nicht die vielen uniformierten Soldaten uns an die Wirklichkeit erinnert hätten. Auch sie grüßten uns freundlich.

Im Krieg – so ging es uns durch den Kopf – steht diese idyllische Welt mit ihren menschlichen Werten auf dem Kopf. Um dagegen etwas zu tun, auch wenn nur zeichenhaft, und Sand im Getriebe zu sein – dafür waren wir hier.

Niemand beachtete unsere einfache Kleidung und die von dem langen Weg durch den Wald verdreckten Schuhe. Auch Martins Rucksack störte keinen. So kamen wir nach zwei Stunden unerkannt bis zum Haupteingang, durch den wir ungehindert nach draußen gelangten. Zuvor legten wir noch ein Transparent mitten auf die Hauptstraße. Seine Aufschrift: EUCOM SCHLIESSEN – ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN!“ Draußen stand ein Streifenwagen der Stuttgarter Polizei mit zwei jungen PolizistInnen, die gerade dabei waren, dem EUCOM „Objektschutz“ zu gewähren; denn das ist eine ihrer Aufgaben. Wir gingen auf den Wagen zu und erzählten den Beamten, was wir in den letzten beiden Stunden auf dem Gelände der US-Kommandozentrale getan und erlebt und welche Motive wir für diesen Besuch hatten. Sie begriffen nur langsam. Dann aber erwachten sie aus ihrer Lähmung und gerieten in forcierte amtliche Aktivität, unterstützt von den aufmerksam gewordenen amerikanischen Militärs: Leibesvisitation auf offener Straße – erkennungsdienstliche Maßnahmen – eindringliche Befragungen – heiß laufende Handys in beiden Lagern. Ein chaotischer Auflauf, Hektik allerorten – und wir friedlichen Menschen mittendrin. Nichts für uns! Melodramatischer Höhepunkt: Verwarnung mit Platzverweis!

Postskriptum

Wir wollten nicht die Sicherheitsmängel des EUCOM aufdecken, wie sie die Stuttgarter Presse hochgespielt hat. Wir wollen das EUCOM weghaben, auch die Atomwaffen aus Deutschland und der ganzen Welt. Sicherheit lässt sich nicht herbeibomben, schon gar nicht mit Atomwaffen. Sicherheit wird nur ermöglicht durch mehr Gerechtigkeit, Solidarität und Vertrauen.

Erftstadt, den 13. August 2005
Hanna Jaskolski ■

* Die Wiener Zeitung „Der Standard“ berichtete am 10. August über die Aktion. Der Artikel endete mit folgenden Worten: „Vom Hauptquartier ‚European Command’ (EUCOM) aus koordinieren die Amerikaner Truppenbewegungen, Einsätze und Übungen von 120.000 US-Soldaten in 91 Ländern in Europa, Afrika und einem Teil des Nahen Ostens. EUCOM untersteht direkt dem US-Verteidigungsministerium und ist der strategisch wichtigste Standort der US-Armee außerhalb der USA. Die Militärzentrale wird von der Polizei geschützt.“ Und die „Stuttgarter Nachrichten“ vom gleichen Tag erklärten: „Das EUCOM hat seit 1967 seinen Sitz in den Patch Barracks. Derzeit arbeiten dort rund 1900 hoch spezialisierte US-Soldaten und wohnen nochmals so viele Angehörige. Das weitläufige, von Wald umgebene Areal zwischen Vaihingen und Büsnau ist formal ein Territorium der USA. Die Überwachung im Inneren ist Aufgabe der US-Armee.“

Protest in Polen und neuer Rückschlag in Berlin für das „Zentrum gegen Vertreibungen“

„Eine Geschichtsrevision, der wir nicht zustimmen können“

Bei ihrem Kurzbesuch in Polen Mitte August wurde Kanzlerkandidatin Angela Merkel von polnischer Seite mit scharfer Kritik an dem von ihr unterstützten „Zentrum gegen Vertreibungen“ des „Bundesverbands der Vertriebenen“ (BdV) konfrontiert. Die Initiative des BdV sei in der geplanten Form „unannehmbar“, so Polens Ministerpräsident Kwasniewski, weil sie den Schwerpunkt auf deutsches Leid setze. „Das würde den Polen, Tschechen und anderen Nationen, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben, den Eindruck geben, dass es sich um eine Art Geschichtsrevision handelt, den Versuch einer Änderung oder anderen Interpretation der Geschichte, der wir nicht zustimmen können“, betonte Kwasniewski in einem Rundfunkinterview. Außerdem befürchteten viele in Polen, dass die Vertriebenenfunktionäre Ansprüche auf ihr Eigentum aus der NS-Zeit gelten machen wollten.

Auch Politiker anderer Parteien in Polen kritisierten das Vorhaben erneut. Lech Kaczynski, Warschauer Bürgermeister und Präsidentschaftskandidat der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), forderte den Bau eines Museums in Warschau, das die deutschen Verbrechen im zweiten Weltkrieg dokumentiere. Von einer Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen in der EU könne keine Rede sein, wenn CDU/CSU und der „Vertriebenenverband“ an dem Plan festhielten.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Regierungspartei SLD, Wojciech Olejniczak, nannte das Vorhaben der Union einen „schweren Fehler“, für den polnischen Botschafter in Berlin, Andrzeij Byrt, trägt das Projekt „nicht zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschland bei“. Selbst die Bürgerplattform (PO), eine Art polnische „Schwesterpartei“ der CDU, kritisiert das Vorhaben. „Der Kampf um die Erinnerung ist noch nicht beendet“, so PO-Parteichef Donald Tusk.

Berlin: Keine Kirche für das BdV-Projekt

In Berlin scheiterte derweil der BdV erneut bei dem Versuch, eine Immobilie für sein geplantes Zentrum aufzutreiben. 2003 hatte der BdV versucht, in Kreuzberg ein früheres Gasometer, während der NS-Zeit zwischenzeitlich als Luftschutzbunker genutzt und nach 1945 zeitweise Flüchtlingsunterkunft, zu erwerben. Den Antrag des BdV hatte der zuständige Bezirksausschuss damals gar nicht erst zur Beratung angenommen. Solange keine Entscheidung der Bundesregierung vorläge, gebe es keinen Beratungs-, geschweige denn Entscheidungsbedarf, entschied er.

Letzte Woche scheiterte nun der BdV mit einem zweiten Plan. Offenbar hat der Verband ebenfalls seit 2003 in Berlin auch mit der katholischen Kirche verhandelt, um die katholische St. Michaeliskirche für sein „Zentrum“ zu erhalten.

Beim diesjährigen Tag der Heimat am 6. August 2005 in Berlin

Die katholische Kirche will diese Kirche wegen ihrer Finanzprobleme in Berlin verkaufen. Sechs Sakralbauten in Berlin sind schon verkauft oder aufgegeben. Der BdV hatte offenbar versucht, einen „Erbbaupachtvertrag“ für die Kirche zu schließen, der ihm ermöglichen sollte, im Herbst 2006 mit einer Ausstellung „Das Jahrhundert der Vertreibungen“ in der Kirche zu beginnen und sie anschließend für sein geplantes Zentrum dauerhaft nutzen zu können. Diese Verhandlungen sind nun gescheitert. Kardinal Georg Sterzinsky verkündete öffentlich, „solange nicht hinreichend klar ist, was mit dem Zentrum gegen Vertreibungen gemeint ist, und solange über ein solches Zentrum kein gesellschaftlicher Konsens besteht“, könne man einer Nutzung durch den BdV nicht zustimmen. Ähnlich äußerte sich Prälat Karl Jüsten vom Katholischen Büro Berlin. Über den Inhalt einer solchen Dokumentationsstätte müsse es einen Konsens zwischen den Ländern geben. „Es darf kein Ort des Revanchismus sein.“ („Spiegel Online, 16.8.) Das ist zwar keine grundsätzliche Ablehnung eines solchen Zentrums, aber eine konkrete für St. Michael und eine Ablehnung zudem, die dem BdV auch andere katholische Einrichtungen in Berlin und Umgebung für sein Vorhaben verschließen dürfte.

St. Michael ist die zweitälteste katholische Kirche, die nach der Reformation in Berlin gegründet wurde. Deren Dompfarrer Alfons Klick soll sich vor der ablehnenden Entscheidung des Kardinals offenbar mehrfach mit BdV-Präsidentin Erika Steinbach getroffen haben, um über das Projekt zu beraten und den geplanten Erbbaupachtvertrag auszuhandeln. (Berliner Zeitung, 13./14.8.) Irgendwie waren diese vertraulichen Verhandlungen durchgesickert, und es hatte Krach gegeben – unter anderem aus dem benachbarten katholischen Polen. Die „Vereinigung polnische Treuhand“ forderte alle polnischen Katholiken auf, in den Pfarreien eine Kollekte abzuhalten, um den Aufkauf der St. Michaelskirche durch den BdV abzuwehren.

Auch der zuständige Kirchenvorstand von St. Michael opponierte gegen das Vorhaben. Thomas Motter, Mitglied im Kirchenvorstand der Domgemeinde, erklärte öffentlich, er lehne das Vorhaben des BdV grundsätzlich ab und erst recht in der Michaelskirche. „Ich halte es für übertrieben, 60 Jahre nach Kriegsende solche Wellen zu schlagen.“

SPD-Außenpolitiker Markus Meckel hatte zudem die Wahl des Gebäudes kritisiert. „Der sakrale Charakter eines Kirchenbaus verstärke nur Befürchtungen Polens und Tschechiens vor einer ‚nationalen Gedenkstätte‘ für deutsche Vertriebene“. (Tagesspiegel, 14.8.05)

Nach der öffentlichen Absage durch den Kardinal reagierte BdV-Präsidenten Erika Steinbach heftig. Das Verhalten Kardinal Sterzinskys sei „empörend“.

Mit so einem Mann wolle sie nicht mehr verhandeln. Der BdV habe sein Vorhaben 2003 dem Kardinal persönlich vorgestellt. Seitdem habe der BdV andere reizvolle Angebote abgelehnt und „Zigtausende Euro“ in das Kirchenprojekt investiert. Nun sucht der BdV neue Räumlichkeiten für seine geplante Ausstellung. (Berliner Zeitung, 19.8.05)

FDP und Ex-Botschafter auf Distanz

Auch die FDP distanzierte sich erneut von dem Vorhaben der Unionsparteien und des BdV. Bundestags-Fraktionsvize Werner Hoyer warnte im „Tagesspiegel“, durch das Zentrum könne das „überaus sensible“ deutsch-polnische Verhältnis Schaden nehmen. Hoyer, der unter Kanzler Helmut Kohl Staatsminister im Auswärtigen Amt war, forderte, die deutsch-polnische Vergangenheit „nur gemeinsam und nicht gegen Polen auf(zu)arbeiten“. (Spiegel Online, a.a.O.) Im Berliner „Tagesspiegel“ meldete sich am 21.8. ein weiterer prominenter Kritiker des Projekts zu Wort. Dr. Hermann Freiherr von Richthofen, Botschafter a.D., erklärte in einem Leserbrief an die Zeitung, Frau Steinbach lasse „die notwendige Empathie mit den Leiden des polnischen Volkes von 1939 bis 1945 vermissen ... Im deutsch-polnischen Jahr hätten beide Völker eine andere Haltung verdient ... Als Schlesier und Vertriebener distanziere ich mich ausdrücklich von dem Vorhaben, das den Bemühungen der vielen ..., die sich über Jahre für die deutsch-polnische Aussöhnung eingesetzt haben, zuwiderläuft. Ich kann nur hoffen, dass sich das Vorhaben von Frau Steinbach so nicht durchsetzen wird.“

Der Freiherr war unter anderem deutscher Botschafter in Großbritannien, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik im NATO-Rat und zuvor unter den Kanzlern Helmut Schmidt und Helmut Kohl mehrere Jahre lang im Kanzleramt für die Deutschlandpolitik zuständig. *rül* ■

Zum 25. Jahrestag: Aufklärung gefordert

Am 26. September 1980 wurde am Haupteingang des Oktoberfests eine Splitterbombe gezündet. 13 Menschen starben und über 200 wurden zum Teil schwer verletzt.
Die blutige Spur führte zu den Neonazis. Doch die Ermittler haben diese Spur zu den Akten gelegt und stattdessen die Theorie vom Einzeltäter in die Welt gesetzt und festgeschrieben. So ist der größte Terroranschlag der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute nicht aufgeklärt. Wir rufen am 25. Jahrestag des Wies'n-Attentats zu gemeinsamen Aktionen für die Wiederaufnahme der Ermittlungen auf. Erst kürzlich haben neue Enthüllungen um die rechtsextreme Geheimorganisation „Gladio“ und deren Verbindungen zu staatlichen Stellen die Einzeltätertheorie erneut in Frage gestellt. Doch wieder wird den Spuren nicht nachgegangen. Die Akten des Wies'n-Attentats sind seit 1982 geschlossen, neue Erkenntnisse und offene Fragen sind offensichtlich unerwünscht. Lernen wir von Bologna, wo seit 25 Jahren am 2. August, dem Jahrestag des dortigen Bombenanschlags im Bahnhof, Zehntausende unter der Losung „Per non dimenticare“ auf die Straße gehen und nicht locker lassen, um die Aufdeckung aller Hintergründe zu erreichen! Die Initiative haben ergriffen: Die Initiatoren der Mahn und Schutzwache, ver.di München, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)
Unterstützer:
Name der Organisation/Person: .....
Anschrift: .....
Tel/Fax/Email:.....Finanzieller Beitrag: .....
Konto: Martin Löwenberg, Postbank München, Konto-Nr.: 28264-802, BLZ: 700 100 80, Stichwort: 26.09.05 Bitte zurücksenden an: Michaela Ostermeier, ver.di München, Schwanthalerstr. 64, 80336 München, Fax: 089/59977-7129, email: michaela.ostermeier@verdi.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Der Bund der Vertriebenen (BdV) frohlockt. „Zum Tag der Heimat“, berichtet der Verband, „hat Seine Heiligkeit, Papst Benedikt XVI., den deutschen Heimatvertriebenen eine Grußbotschaft gesandt“. Eine hohe Ehrung für die Umgesiedelten und ihre Nachkommen, und nicht nur das: Joseph Ratzinger bezieht eindeutig Position für ihre Anliegen.

„Heimat“ und „Vaterland“: Die deutschtümelnden Begriffe hat Benedikt XVI. wenig später bei seiner Ankunft zum Weltjugendtag medienwirksam hervorgehoben. „Heimat“, heißt es schon in der Grußbotschaft zum 6. August, die von Erzbischof Leonardo Sandri unterzeichnet ist, „hat geographische, kulturelle, geistliche und religiöse Dimensionen. Sie gehört zum Menschen und seiner Geschichte und darf daher niemandem gewaltsam genommen werden.“ Denn „aus gesunder heimatlicher Verwurzelung“, so tönt der Vatikan, „schöpfen Menschen Lebensfreude, soziale Gestaltungskraft und Zukunftshoffnung“. Joseph Ratzinger wünscht daher „allen Teilnehmern des diesjährigen Tages der Heimat von Herzen Gottes beständigen Schutz und reichen Segen.“

„Vertreibungen weltweit ächten“: Das Motto zum diesjährigen Tag der Heimat lobt Benedikt XVI. entsprechend als „ein Gebot der Menschlichkeit“. „Ideologien, die Vertreibungen fordern oder rechtfertigen, richten sich gegen die Würde des Menschen“, dekretiert der Vatikan – auch mit Bezug auf die Umsiedlung der Deutschen, ohne deren konkrete historisch-politischen Ursachen auch nur ansatzweise zu berücksichtigen.

Die Heimattümelei, von Joseph Ratzinger stark hervorgehoben, ist im Vatikan beileibe nicht neu. Auch der polnische Amtsvorgänger des Papstes hat Grußworte an den „Tag der Heimat“ gerichtet, der katholische Klerus in Polen und in Tschechien hat schon relativ früh Fühler zu den „Vertriebenen“-Verbänden ausgestreckt. Der katholische Bischof Alfons Nossol etwa rief 1988 große Proteste hervor, als er den deutschen Kanzler zu einem Gottesdienst in Gora Swietej Anny einlud, dem ehemaligen „Annaberg“, einem Symbol deutsch-polnischer „Volkstums“-Kämpfe. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat ihren diesjährigen Karlspreis an den ehemaligen tschechischen Bischof Josef Koukl verliehen. Und der diesjährige Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen ging an den bosnischen Bischof Franjo Komarica.

jk ■

Die Migranten – ein Tabuthema?

Junge Freiheit Nr. 35/05 vom 26. 8. 2005

Das Blatt behauptet: „Der Wahlkampf der Bundestagsparteien belegt die Probleme Einwanderung und Integration mit Denkverboten“. Und so behauptet der Autor *Kurt Zach*, er könne dem Denkverbot entgegentreten und bringt doch nur allzu Bekanntes vor: „Worüber dringend gesprochen werden muss, ergibt sich aus den akkumulierten Fehlleistungen sämtlicher Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte. ‚Wer darf kommen‘ und ‚wer darf wie bleiben‘, lauteten die Fragen der Neubesinnung. An der Fähigkeit, nein zu sagen, entscheidet sich, ob das deutsche Staatsvolk seine Souveränität behält oder ausgewechselt wird. Das nationale Interesse muss dabei die Richtschnur sein.“ Die Behauptung, das „deutsche Staatsvolk“ werde ausgewechselt, suggeriert, dass die Bundesregierungen seit 1949 (sämtliche) dafür tätig gewesen sind. Wie? Weil sie den Migranten erlaubt haben, sich in der Bundesrepublik fortzupflanzen. Weil die einige Hunderttausend Migranten inzwischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben – wie andere Migranten im 19. und 20. Jahrhundert zuvor auch. Der deutsche Imperialismus ist Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts ohne seine Kohle- und Stahlbarone nicht vorstellbar. Doch der Aufbau des Ruhrgebiets ist zu erheblichen Teilen mit Arbeitern aus Polen und Italien vorangetrieben worden. Die Ausbeutung von Migranten ist eine Basis des preußischen Imperiums gewesen. Das lässt den Autor völlig kalt, er behauptet einfach: „Das Asylrecht muss daher ebenso rigoros eingeschränkt werden wie die Praxis der ‚Heiratsmigration‘ und Familienzusammenführung, die dafür sorgen, dass das Millionenheer der chancenlosen, unqualifizierten Integrationsverweigerer auch von außen permanent Nachschub erhält. Nur eine selbstbewusste Nation kann sich Einwanderung überhaupt leisten. Nur sie strahlt eine Attraktivität aus, die über den materiellen Vorteil hinaus geht und hat die Kraft, andere zu assimilieren ... Doppelpass und Staatsangehörigkeit im Schlussverkauf schaffen keine loyalen Staatsbürger – sie legen vielmehr den Keim der Auflösung, weil sie integrationsunwillige Bevölkerungsgruppen mit erweiterten Rechten ausstatten.“

Das Asylrecht existiert kaum noch: Im letzten Jahr haben nur einige Hundert Flüchtlinge in der BRD Asyl erhalten. Und die „unqualifizierten Integrationsverweigerer“ waren in ihren Ursprungsländern in der Mehrheit qualifizierte Handwerker. Die mangelnde Qualifikation der nachwachsenden Generation ist dem unfähigen bundesdeutschen Bildungssystem anzulasten und nicht den Schülerinnen und Schülern. Doch dem Blatt geht es in dieser Frage nur um Hetze und darum, Druck auf einige konservative Politiker auszuüben, damit Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhetze Bestandteil des Wahlkampfes wird.

uld ■

Duisburger grüne Bürgermeisterin gibt Interview

Junge Freiheit Nr. 36/05 vom 2.9.2005

Mit *Doris Janicki*, Bürgermeisterin in Duisburg, hat das Blatt die erste Funktionsträgerin von Bündnis 90/Die Grünen als Interviewpartnerin gewonnen. Anlass ist die Situation im Duisburger Stadtteil Marxloh. Sie wendet sich über das Blatt an Claudia Roth: „Ich möchte die Grünen in Berlin daran erinnern, dass es nichts nützt, die multikulturelle Gesellschaft nur zu postulieren, sondern man muss Vorschläge machen, wie man die nicht zu knappen Probleme auf dem Weg dorthin bewältigen will.“ So weit, so noch verständlich. Auf die Frage „Also ist ‚Multikulti‘ doch möglich?“ antwortet sie dann jedoch: „Es gibt Menschen aus allen Kulturkreisen, die so aufgeklärt sind, dass mit ihnen eine multikulturelle Gesellschaft möglich ist. Deshalb gilt für uns weiterhin die multikulturelle Gesellschaft als unsere politische Zielvorstellung. Aber die Realität in Marxloh zeigt, dass es auch viele Menschen gibt, mit denen das nicht möglich ist. Die Ironie der Geschichte ist, dass es bei uns nicht die Deutschen, sondern ausgerechnet die Migranten sind, die ihre Probleme mit der multikulturellen Gesellschaft haben. Solche Tatsachen sind im idealen grünen Weltbild nicht vorgesehen, deshalb müssen die Grünen lernen, mit diesen Fakten umzugehen.“ Und begeistert stimmt sie der JF bei der Frage zu: „Warum gibt es keine Initiative rot-grüner Kommunalpolitiker, die den Parteioberen mal vor Augen führt, wie es im Alltag an der ‚multikulturellen Basis‘ in Wirklichkeit aussieht?“ – Janicki: „Das ist eine gute Idee, ich wäre dabei!“

Von sozialer Diskriminierung hat diese Dame noch nichts gehört, von Ghetto-Bildung, Brutalität und Rückzug aus einer Gesellschaft, die Migranten nicht gleichberechtigt und als Bereicherung aufnimmt, sondern ausgrenzt und in die Armut treibt auch nicht. Solche Positionen lassen für die grüne Politik Schlimmes befürchten, die doch in der Migrationsfrage bislang auf der Seite der Menschenrechte und der Menschenwürde stand und hoffentlich auch weiter steht.

uld ■

REP hätten mitmachen sollen...

Nationalzeitung 36-05 vom 2.9.05

Das Blatt lobt den mit der NPD geschlossenen Deutschland-Pakt, der dazu geführt habe, dass in sämtlichen Bundesländern die NPD/DVU-Listen antreten können, ohne dass Unterschriften gesammelt werden mussten. Auch in Baden-Württemberg wurde nach Einspruch beim Bundeswahlleiter die Liste noch zugelassen. Verschwiegen wird, dass dafür die NPD sechs Kandidaten zurückziehen musste, darunter Landeschef Günter Deckert. Spitzenkandidat ist jetzt Sven Eggers von der DVU (Quelle: bnr 18-05, www.bnr.de). Für das „patriotische Lager sei es unbegreiflich“, so die NaZe, „dass die Republikaner zum Nutzen des etablierten Parteienkartells gegen die Kooperation der nationalen Kräfte ... Widerstand leisten.“ Zumal sie in sieben Bundesländern die Unterschriften nicht zusammenbekommen hätten und so nur in neun Bundesländern auf dem Wahlzettel stehen.

u.b. ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507